

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 197 (2019)

**Artikel:** Für alle! : Die Basler Volksschule seit ihren Anfängen  
**Autor:** Felder, Pierre  
**Kapitel:** 11.: Mittelstufenreform auf der Achterbahn (1970-2003)  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006768>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## II. Mittelstufenreform auf der Achterbahn (1970–2003)

### Reformfreude

In den späten 60er-Jahren herrschte in der Schweizer Politik ein reformfreundliches Klima. Die Aufbruchsstimmung kulminierte 1971 in der Einführung des nationalen Frauenstimmrechts durch die letzte eidgenössische Volksabstimmung, an der die Männer unter sich waren. Im Bildungssektor plädierten Sozialdemokratie, Freisinn und Christdemokraten für mehr Chancengleichheit. Der Expertenbericht «Mittelschule von morgen», den die Erziehungsdirektorenkonferenz in Auftrag gegeben hatte, skizzierte 1972 einen Weg dazu: Die Mittelschulen sollten im Bereich der obligatorischen Schulzeit eine Orientierungsstufe anbieten, an die das verkürzte Gymnasium im zehnten Schuljahr anschliessen sollte<sup>608</sup>. Ähnliche Bestrebungen waren in Deutschland, Frankreich und vorab in den angelsächsischen und nordischen Ländern bereits weiter gediehen. Auf Schweizer Boden lief zu diesem Zeitpunkt ein erster Gesamtschulversuch im solothurnischen Dulliken<sup>609</sup>. In Baselland trug man sich mit dem Gedanken, in Muttenz den Versuch zu wagen, die drei Mittelschultypen in einer Gesamtschule zusammenzuführen<sup>610</sup>. Die welsche Schweiz war gegenüber der Gesamtschul-Idee auf der Sekundarstufe I offener: Der dreijährige Cycle d'orientation in Genf wurde 1964, die vierjährige Scuola media im Tessin 1974 beschlossen. Beflügelt wurden die Reformarbeiten durch die gleichzeitige Debatte um die Aufnahme des Rechts auf Bildung in die Bundesverfassung. Das Bildungswesen in der Schweiz wurde als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen verstanden. Letztere sollten aber weiterhin für die Ausbildung vor und während der obligatorischen Schulzeit zuständig bleiben. Ein entsprechender Bildungsartikel erreichte zwar am 4. März 1973 ein klares Volksmehr, scheiterte jedoch am Ständemehr.

Auch in Basel kam Reformfreude auf. Zwischen 1963 und 1972 wurden im Rat sechs Anzüge zu Schulreformfragen eingereicht. Departementsvorsteher Arnold Schneider liess sich anstecken und berief 1968 eine zweite Arbeitsgruppe Totalrevision Schulgesetz mit lauter Reformfreunden: mit seinem Departementssekretär Willi Schneider<sup>611</sup>, der eine Doktorarbeit über Bildungschancen geschrieben hatte<sup>612</sup> als Vorsitzendem, mit dem Seminardirektor und freisinnigen Bildungspolitiker Hans-Peter Müller (1919–2014), der mit einem Anzug 1966 die Gesamtschul-Debatte losgetreten hatte, dem Rektor des Mädchengymnasiums<sup>613</sup>, einem Gymnasiallehrer und einem Schulpsychologen. Aus eigenem Antrieb hatte zuvor schon die

Schulsynode eine Arbeitsgruppe Gesamtschule mit Lehrpersonen aller Stufen auf den Weg geschickt. Sie unternahm Studienreisen zur comprehensive school nach England, zur Gesamtschule nach West-Berlin und zum Cycle d'orientation nach Genf. Auf Veranlassung von Erziehungsdirektor Arnold Schneider erhielten 1970 alle Lehrpersonen ein «grünes Büchlein» mit dem Bericht der Arbeitsgruppe des Departements und ein «rotes Büchlein» mit den Ergebnissen der synodalen Arbeitsgruppe Gesamtschule zur Vernehmlassung zugestellt<sup>614</sup>. Beide Autorengruppen gingen von der Notwendigkeit aus, die Selektion aufzuschieben und durch verbesserte Durchlässigkeit korrigierbar zu machen. Beide plädierten für eine als Gesamtschule konzipierte Mittelstufe mit innerer Differenzierung und Individualisierung des Lehrprogramms. Während aber das rote Büchlein für eine fünfjährige Mittelstufe votierte, wurde im grünen Büchlein aus Rücksicht auf die Maturitätsvorbereitung für eine dreijährige Mittelschule geworben. Die Arbeitsgruppe Totalrevision fasste Diagnose und Therapie wie folgt zusammen: «Unser Schulsystem differenziert zu früh, zu grob und zu folgeschwer. Die Differenzierung findet zu ausgeprägt im Typenangebot des Schulsystems und zu wenig ausgeprägt in den Unterrichtsprogrammen statt. Als Grundgedanke der Schulreform schält sich demnach die Notwendigkeit heraus, die Verteilung der Schüler auf verschiedene Schultypen aufzuschieben und zugleich gemilderte, besser fundierte und subtilere Formen der Differenzierung zu finden.»<sup>615</sup> Zustimmung fanden die Reformer bei den Volksschulen, den Berufsschulen, den beiden ehemaligen Mädchen-gymnasien, dem Erziehungsrat und den Radikalen; auf Skepsis stiessen sie bei der Mädchensekundarschule und den Knaben-Gymnasien und deren Direktoren. Der Reformgeist weht, wo er will: Ausgerechnet eine Gruppe aus dem Schülerparlament des Humanistischen Gymnasiums setzte sich für eine Mittelschule mit weniger Differenzierung ein. Die Regierung zog aus den Stimmen der Lehrerschaft vorsichtig Bilanz: «eine gewisse Bereitschaft besteht, einem Schulversuch Spielraum zu gewähren»<sup>616</sup>. Weil die Meinungen so auseinandergingen, sei es «unumgänglich, durch Experimentieren den Weg für eine wirksame Reform freizulegen»<sup>617</sup>.

## Sprung in ein neues Schulzeitalter<sup>618</sup>

Mit dem 1971 präsentierten Ratschlag Neue Schule bewiesen Departement und Regierungsrat Mut. Statt am historisch gewachsenen Schulteppich weiterzuweben, skizzierte das Departement auf dem Reissbrett ein neues Mittelschulsystem, das sich in Konkurrenz zum alten bewähren sollte. Der optimistische Glaube, über so lange Zeiträume planen zu können, erstaunt. Gewissheit sollte ein kontrollierter Versuch bringen. Man wollte sich auf Evidenzen stützen. Das war ein Sprung in ein wissenschaftliches Zeitalter, auch wenn der Regierungsrat bescheiden von einer «rein pragmatischen



Motivation»<sup>619</sup> sprechen wollte. So viel Kühnheit hatte in der Schulgeschichte bisher erst Wilhelm Klein bewiesen (vgl. S. 91), und den hatte sie zu Fall gebracht. Ein weiterer Grund, sich für einen Versuch zu entscheiden<sup>620</sup>.

Vorgeschlagen wurde die Gründung einer wissenschaftlich begleiteten Versuchsschule ab dem fünften Schuljahr, in die jährlich 400 freiwillige Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden sollten. Nach spätestens elf Jahren müsste aufgrund der Erfahrungen über die weitere Zukunft des Modells entschieden werden. Statt auf drei Schultypen mit unterschiedlichem Leistungsanspruch aufgeteilt zu werden, sollten alle Versuchsschüler nach der unveränderten Primarschule in die leistungsgemischten Klassen einer dreijährigen Mittelstufe aufgenommen werden, in der es kein Sitzenbleiben mehr gab. Eine innere Differenzierung sollte in der 2. und 3. Klasse durch leistungsdifferenzierte Niveaunkurse in wichtigen Fächern erfolgen und zusätzlich in der 3. Klasse durch ein Wahlfachsystem. Ab dem achten Schuljahr würden die Schüler und Schülerinnen entweder in die zweijährige Oberstufe und nachher eventuell in die dreijährige Diplomstufe wechseln oder ins Gymnasium mit vierjähriger Grundstufe und zweijähriger Kollegstufe. Die Matur konnte nach dreizehn Schuljahren erworben werden. Die Versuchsschule sollte trotz verschiedener Standorte – im Gespräch war unter anderem die ehemalige Kaserne<sup>621</sup> – eine zentrale Leitung erhalten. An ihrer Seite würde eine wissenschaftliche Begleitung den Aufbau- und den Evaluationsprozess begleiten. Gegenüber den bestehenden Schulen waren Mehrkosten von 20 bis 25 Prozent zu erwarten, vor allem für kleinere Klassen (25 an der Mittelstufe, 20 an der Oberstufe), Förderung und Beratung und die Verlängerung der Schullaufbahn.

Die neue Schule solle ihre Absolventinnen und Absolventen zu höheren Abschlüssen bringen und einen Beitrag zur Überwindung des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften leisten. Sie wurde ferner als Alternative zur Frühselektion mit ihren Folgeproblemen angepriesen. Zu diesen gehörte die Verschiebung der Schüleranteile in den Anschlusschulen. Zwischen 1965 und 1971 war der Prozentsatz der Primarschulabsolventen, die ins Gymnasium eintraten, von 25 auf 34 gestiegen, der Prozentsatz derer, die sich an der Sekundarschule angemeldet hatten, sank hingegen von 27 auf 19. Schliesslich sollten die herkunftsbedingten Kriterien bei der Auslese dank der Reform weniger ins Gewicht fallen zugunsten von mehr Begabungsgerechtigkeit. Eine eindruckliche Statistik zeigt, wie ungleich die Bildungschancen verteilt waren:

MATURITÄTSCHANCEN UND SOZIALSCHICHT (Grundlage: Basler Schulstatistik 1970)

	Anzahl Kinder pro Jahrgang	
	Arbeiter und Angestellte	Oberes Kader
Primarschule (Durchschnitt aus Klassen 1 bis 4)	1772	261
Maturitätsjahrgang 1971	79	105
Statistische Chance Maturität zu erreichen	4,4 %	40,0 %

Ratschlag 6839, S. 9



Besserung schien in Sicht: An der neuen Schule würde die Selektion später einsetzen, und sie würde sich aus überprüfbaren und korrigierbaren Teilentscheiden zusammensetzen. Das Departement zweifelte nicht an der Bereitschaft der Lehrpersonen, in genügender Zahl mitzumachen, und auch Schüler und Schülerinnen würden sich finden, wenn vermutlich auch eher im mittleren und unteren Leistungssegment. Der Ausgang sei offen. Mit einem Seitenblick auf den späteren Ausgang der Versuche in Deutschland muss aus heutiger Sicht angenommen werden, dass die Szenarien Verallgemeinerung oder Abbruch weniger wahrscheinlich waren als die Kompromisslösung: Weiterführung als paralleles Angebot. Einigkeit über den Erfolg der Systeme war auch bei den deutschen Versuchen kaum zu erzielen.

### «Keine Experimente mit unseren Kindern!»

Der Grosse Rat überwies das Geschäft an eine 25-köpfige Kommission unter Leitung der Lateinlehrerin und späteren christdemokratischen Nationalrätin Gertrud Spiess (1914–1995)<sup>622</sup>, die 1975 als erste Frau den Grossen Rat leiten sollte. Trotz 24 Sitzungen, 11 Expertenhearings und dem Besuch je einer Reformschule im benachbarten Frankreich und Deutschland konnte sich die Kommission nicht zu einer Konsenslösung durchringen. Daran konnte auch die Präsenz von Regierungsrat Schneider und seines gleichnamigen Departementssekretärs, vulgo des grossen und des kleinen Schneiders, nichts ändern. Aufgrund der 35-prozentigen Überalterung der Lernenden an den Mittelschulen hielt die Mehrheit die Frühselektion mit ihrer unsicheren Prognose nicht mehr für haltbar und sprach sich für den beantragten Versuch mit der dreijährigen Mittelstufe aus<sup>623</sup>. Der Kommissionsbericht enthält aber auch den Rückweisungsantrag der neunköpfigen Minderheit, die sich zum Anwalt der bestehenden Schulen machte, die angeblich «liquidiert» werden sollten, obwohl sie viel besser seien, als der Ratschlag glauben mache<sup>624</sup>. Der Selektionszeitpunkt sei richtig gewählt, weil die Persönlichkeit der Kinder weitgehend vorgebildet sei und die Schule grundsätzlich nichts mehr daran ändern könne<sup>625</sup>. Die Behauptung, die Auswahl hänge mehr von der sozialen Herkunft ab als von der Begabung, lehnte die Gruppe als «unzulässige Verdächtigung der Lehrerschaft» ab<sup>626</sup>. Die Ursache für die hohe Remotions- und Überalterungsquote suchte sie beim hohen Gymnasialanteil. Während in Basel nach der 4. Primarklasse 25 bis 30 Prozent einträten, würden in Zürich nach der 6. Primarklasse von den angemeldeten 10 Prozent bloss 6 zugelassen<sup>627</sup>. Allerdings fehlte der Gruppe der Mut, konsequenterweise eine Aufnahmeprüfung mit implizitem Numerus clausus zu verlangen. Die leistungsheterogenen Klassen der Mittelstufe würden die Lehrpersonen überfordern und könnten weder den starken noch den schwachen Schülern gerecht werden. Im Übrigen sei die Neue Schule auch viel zu teuer. Der Vorwurf, eine derartige «Monster-

schule» komme nicht von Praktikern, sondern sei den Köpfen von «politisch orientierten Theoretikern» entsprungen, widersprach allerdings den Fakten (vgl. Zusammensetzung Arbeitsgruppe S. 243).

Das Plenum des Grossen Rats trat in einer ersten Sitzung<sup>628</sup> nur dank Stichentscheid des Präsidenten auf das Geschäft ein, doch die Schlussabstimmung zugunsten der versuchsweisen Einführung einer neuen Schulorganisation fiel mit 60 zu 49 Stimmen<sup>629</sup> relativ deutlich aus. Dagegen ergriff ein überparteiliches Aktionskomitee «für eine vernünftige Schulreform» das Referendum. Die Hauptgegner fanden sich in den Reihen der liberalen Partei. Ihre Hauptargumente waren die hohen Kosten, die Benachteiligung der bestehenden Schulen und ihrer inneren Reformen sowie die Überlastung der Lehrpersonen durch die heterogenen Klassen. Zum Desaster für den freisinnigen Departementsvorsteher geriet die Parolenfassung seiner eigenen Partei im Oktober. Weder er noch der ebenfalls freisinnige Vater der Basler Gesamtschulidee, Hans-Peter Müller, konnten verhindern, dass nach heftigem Beschuss durch anwesende Lehrer mit 32 zu 21 Stimmen eine Nein-Parole herauskam<sup>630</sup>.

Im Abstimmungskampf fiel die Polemik der Gegner auf. In einem Inserat fochten die Liberalen mit den Schlagworten: «Schüler sind keine Laboratoriumstiere, Abenteuer «Neue Schule» Nein!» Demgegenüber nahm sich der Text des Befürworterkomitees zahm aus: «Für unsere Kinder – neue Schule Ja». Es folgte eine Personenliste durch alle politischen Lager. Die beiden grossen Tageszeitungen standen für ein Ja ein. Am Vortag der Abstimmung schrieb Hans-Peter Platz in einem Kommentar auf der Frontseite der liberalen Basler Nachrichten: «Wer den Einsatz von Pädagogen für eine Verbesserung des ihnen zur Verfügung stehenden Erziehungsinstrumentariums als Abenteuer bezeichnet, muss sich zumindest die Frage nach dem Grad der Abenteuerlichkeit eines Selektionsverfahrens gefallen lassen, das Weichen für Bildungszüge zu einem Zeitpunkt stellt, der selbst von der in vielen Fragen uneinigen Erziehungswissenschaft unisono als unverantwortlich früh bezeichnet wird.»<sup>631</sup> Am 4. November 1973 warf der Souverän mit 60 Prozent ein klares Nein in die Urne, aber nur jeder vierte Stimmberechtigte nahm an Entscheid über die neue Schule teil, wenig für einen strittigen Schulentscheid; die Materie war kompliziert. Das jedenfalls fand auch «gg» im katholischen Volksblatt vom Montag: «Wir haben auch selten bei vielen Diskussionen so viel Unsicherheit gefunden wie bei dieser Vorlage. [...] Sonst galt offenbar die unpolitische Parole: im Zweifelsfalle Nein. Für das Erziehungsdepartement ist dieses deutliche Verdikt ebenfalls eine Warnung. Und sagen sollte man es auch einmal deutlich: Der kleine Schneider sollte dem grossen Schneider (das ist der Regierungsrat) nicht über den Kopf wachsen.»<sup>632</sup> Robert Piller urteilte auf der Frontseite der Basler Nachrichten: Einen «Nein-Überschuss konnte das zentrale Abstimmungsthema, das Projekt Neue Schule buchen, obwohl [...] die Gegner mit einem massiven ideologischen Sperrfeuer den sorgfältig vorbereiteten, hauptsächlich von bürgerlichen Schulfachleuten



stammenden Schulversuch als ‹Abenteuer und sozialistisches Experiment› heftig attackieren. [...] Offenbar war es neben finanzpolitischen Argumenten, vor allem die Angst – oder deutlicher: der fehlende Mut – vor Reformen überhaupt, welcher die Gegner veranlasste, die ganze Diskussion um die unerlässlich gewordene Schulreform auf die Ebene staatspolitischer und gesellschaftsideologischer Grundsatzdispute zu schieben, als ob unsere liberale Staats- und Gesellschaftsordnung in letzter Konsequenz mit diesem Schulmodell gefährdet würde. [...] letztlich wäre es ja gerade die Aufgabe dieses schweizerisch betrachtet massvollen Schulversuchs gewesen, sowohl positive wie negative Erfahrungen für langfristige Reformen zu gewinnen.»<sup>633</sup>

## Innere versus äussere Reform

Die krachende Niederlage der Neuen Schule Anfang November 1973 ereignete sich in einem weltpolitisch schlagartig veränderten Umfeld. Im Oktober hatten die Golfstaaten als Druckmittel im Jom-Kippur-Krieg die Erdölproduktion drastisch gedrosselt. In der Folge sprang der Ölpreis um 70 Prozent nach oben. Der Bundesrat reagierte mit der Anordnung von drei autofreien Sonntagen. Die Ölkrise und die etwa gleichzeitige Flexibilisierung der Wechselkurse liessen die Wachstumsrate abstürzen. Das war das bruske Ende der goldenen 60er-Jahre. 1975 zählte Basel erstmals seit 1953 wieder mehr als 1000 Arbeitslose, viele im erlahmten Bausektor. Zu den Begleitumständen der Krise gehörten auch die Verschlechterung der Staatsfinanzen und der Rückgang der Immigration. Das Vertrauen in die Entwicklung der Hochtechnologie begann zu schwinden. Von Basel aus wurde 1975 die Baustelle des Atomkraftwerks Kaiseraugst besetzt.

Welche Strategie legte sich Erziehungsdirektor Arnold Schneider nach dem heftigen Verdikt gegen den Schulversuch zurecht? Nach einem kämpferischen Jetzt-erst-recht sah es nicht aus. «Damit ist für einige Zeit klar, was der Souverän nicht will, offen bleibt was er will»<sup>634</sup>, hiess es aus seinem Amt. Angesagt wurde von dort die «innere Reform», die «in jedem System möglich und notwendig» sei und «vom Lehrer harte Arbeit» verlange. Es ginge um «Fragen nach dem Sinn der geltenden Lehrpläne und der geltenden Praxis, kritische und selbstkritische Überprüfung des Erstrebten und Erreichten, Kenntnisnahme von andern Möglichkeiten, Meinungsaustausch und Meinungsbildung zusammen mit Kollegen». Solche Bewegungen liessen sich, heisst es, «nicht einfach durch einen Behördenentscheid herbeizaubern». Ihre Schwäche lag aus heutiger Sicht darin, dass es keine verbindlichen Grundlinien gab, dass die Beteiligung der Schulen von deren guten Willen abhing, dass jede Anstalt nach ihrer eigenen Logik verfuhr und dass die Unterstützung durch die Schulbehörden ungewiss war. Man erhoffe sich keine «spektakulären Ergebnisse»,





[92] Gymnasiasten führen Kinder aus den Volksschulen im jungen Antikenmuseum. Foto von Hans Bertolf, 1971



dämpfte das Departement die Erwartungen, sondern einen «durchdachten, für Lehrer wie für Schüler befriedigenden und spannenden Schulalltag». In seinem Grusswort an der Jahresversammlung der Schulsynode sprach Arnold Schneider vom Verdienst der «stillen Schule», und an die anwesenden Lehrpersonen gerichtet, dieses bestehe in der Summe dessen, «was Sie zusammen mit Ihren Schülern erreicht haben».

Von den grossen Lehrplanüberarbeitungen im Kindergarten sowie an der Sekundar- und Realschule hiess es im Verwaltungsbericht, sie entstünden in einem konzilsartigen, ständigen Dialog zwischen den Lehrern und den sie beratenden Experten. Gefragt seien nicht schnelle Ergebnisse, aber das Durchbrechen der «Einsamkeit der Schulzimmer-Situation»<sup>635</sup>. Ein neuer Lehrplan war an der Realschule durch die Koedukation nötig geworden. Man wollte auf der Höhe der Zeit sein: Die Stoffangaben wurden durch Lernziele und didaktische Richtlinien ergänzt. Im Französischunterricht zum Beispiel, der bis anhin einseitig von Grammatik- und Wortschatzdrill geprägt war, hiess das erste Ziel «Verständnis der gesprochenen Sprache», und in den Richtlinien wurde erläutert, dass das Verstehen durch Abspielen vom Tonband oder durch das Anhören von Radiosendungen auf allen Stufen zu üben sei. Der Erziehungsrat spielte aber nicht richtig mit. Er wies den Lehrplan 1982, weil er in seinen Augen zu weit gefasst und für Lehrpersonen zu wenig verpflichtend sei, zur Überarbeitung zurück<sup>636</sup>. Im Deutschunterricht etwa wurde mehr Gewicht auf Grammatik und Rechtschreibung eingefordert, beanstandet wurde das «Verfassen von Flugblättern» und die Lektüre des Teenagermagazins «Bravo». Die Überarbeitung dauerte bis 1986. Zu den punktuellen Verbesserungen des Unterrichts gehörten ab 1976 auch die Einführung musikalischer Grundkurse (später Musik und Bewegung) in der Primarschule, die von Fachlehrpersonen der Musik-Akademie auf Kosten des Kantons gehalten wurden<sup>637</sup>.

Ein weiteres Spielfeld der inneren Erneuerung bestand in der Schaffung von Förderklassen an der Sekundarschule, die den Aufstieg in die höhere Anspruchsstufe erleichtern sollten<sup>638</sup>. Diese Klassen waren im Ratschlag Neue Schule noch abgelehnt worden, weil sie das Grundproblem unangetastet liessen und neue Angebotstypen schufen, die die Fragwürdigkeit der herkömmlichen Schülerverteilung wiederholten<sup>639</sup>. Bei aller Sympathie für diese punktuelle Verbesserung bestand die Schulsynode in der Vernehmlassung auf einer generellen Reform<sup>640</sup>. Vor Augen hatte sie damals vermutlich das kühne von ihrer eigenen Reformkommission skizzierte Modell einer autonomen Quartierschule mit umfassender Verantwortung vom Kindergarten bis ans Ende der Schulzeit, in der Lehrer, Eltern, Schüler weitgehende Mitbestimmungsrechte haben sollten. Auffällig ist überhaupt, wie schnell die Reformfreunde in Schulen und Politik den Katzenjammer nach der herben Enttäuschung von 1973 überwandten und neue Wege zur Weiterentwicklung der Volksschule vorschlugen.

## Kleinere Schulklassen

Mehrfach positive Impulse erhielten die Lehrpersonen 1977 durch die Annahme einer Volksinitiative für kleinere Schulklassen<sup>641</sup>, die relativ weit ging. Sie verbesserte die Unterrichtsbedingungen, entschärfte die für die Lehrpersonen bedrohliche Beschäftigungslage und schuf eine bessere Ausgangslage für eine allfällige Reform. Die Initiative war 1973 von der im gleichen Jahr gegründeten Gewerkschaft Erziehung eingereicht worden und sah in der Hauptsache die Festlegung folgender Höchstzahlen vor: 25 für Primarschulen (bisher «normalerweise» 36, vgl. Tabelle bis 2010 S. 233), die Realschule (bisher 32) sowie die Gymnasien (bisher 24 bis 32), 20 für Kindergärten (bisher 35) und Sekundarschulen (bisher 24), 14 für Sonderschulen (bisher 14 bis 24). Begründet wurde die Forderung mit der Verbesserung der Bildungschancen und der Verhinderung staatlicher Sparmassnahmen zu Lasten der Kinder. Der Regierungsrat zeigte sich bereit, auf einen Teil der Einsparungen zu verzichten, die die sinkende Schülerzahl möglich gemacht hätte. Er beantragte dem Grossen Rat 1976 in einem indirekten Gegenvorschlag Korrekturen der gesetzlichen Vorgaben für die Klassengrössen dort, wo die Bestände besonders hoch seien. Insbesondere sollten die über 30 liegenden Normzahlen des Schulgesetzes auf 30 reduziert werden. Dadurch stiegen die Lohnkosten um 5,9 Prozent pro Lernenden. Nicht hinzunehmen seien die 18,9 Prozent Mehrkosten, die die Annahme der Initiative bewirken würde. Die Verwerfung der Initiative wurde wie folgt begründet: «Die erziehungswissenschaftliche Forschung hat bisher nicht nachgewiesen, dass die Unterrichtsergebnisse in Klassen der Grössenordnung 20 besser sind als in Klassen der Grössenordnung 30.»<sup>642</sup> Das spreche nicht gegen kleine Schulklassen, diese seien «ein Teil der Arbeitsbedingungen für Lehrer und Schüler», aber die Klassengrösse sei nicht jene Schlüsselgrösse für «Wohl oder Wehe des gesamten Unterrichts», als die sie ausgegeben werde<sup>643</sup>. Darauf beschloss der Grosse Rat die Gesetzesänderung und unterbreitete den Stimmberechtigten das Initiativbegehren mit Antrag auf Verwerfung.<sup>644</sup> Weil ihre über den Vorschlag des Regierungsrats hinausgehenden Forderungen im Gesetz nicht berücksichtigt worden waren, gab die Staatliche Schulsynode für die Initiative die Ja-Parole heraus. Die freiwillige Schulsynode stellte darauf den für damalige Verhältnisse hohen Betrag von 50 000 Franken für den Abstimmungskampf zur Verfügung. In der Neuen Zürcher Zeitung kritisierte «jz», dass eine öffentlich-rechtliche Zwangskörperschaft sich in die Tagespolitik einmische. Das Verhalten der beiden Synoden könne sich noch als «Bumerang» erweisen<sup>645</sup>. Der Urnenentscheid<sup>646</sup> fiel mit 55 Prozent zugunsten des offenbar sympathischen Anliegens aus, bei einer Stimmbeteiligung von 42 Prozent. Werbegruppen von Schülern und Lehrern im Strassenbild hatten eine «freundliche Resonanz» gefunden, wie das Departement feststellte<sup>647</sup>. In der 1976 aus der Fusion der liberalen Basler Nachrichten mit der linksfreisinnigen National-Zeitung hervorgegangenen Basler Zei-



tung erklärte Urs Rist den Abstimmungsausgang folgendermassen: «Die Regierung versuchte [...], nachdem sie die 1973 eingereichte Initiative drei Jahre verschleppt hatte, mit einer Gesetzesänderung der Initiative das Wasser abzugraben. Diese Vorlage trug aber so sehr den Charakter einer Anpassung an das schon Erreichte, dass weite Kreise damit unzufrieden waren.»<sup>648</sup> Die Annahme bewirkte 1979 in der Primarschule einen Anstieg von 60 auf 63 Klassen – trotz Schülerschwund um 100 Kinder. Die Mehrkosten betrugen in diesem Jahr 1,5 Millionen Franken<sup>649</sup>.

## Ein zwiespältiger Bericht

Nachdem zwischen 1972 und 1975 sechs neue Anzüge zu Fragen der Schulreform im Grossen Rat eingereicht worden waren, machte sich der Regierungsrat 1977 die neue, ablehnende Haltung des Departementsvorstehers in einem Bericht an den Grossen Rat zu eigen<sup>650</sup>. Das Problem mit den hohen Rückversetzungsquoten wurde noch einmal ausdrücklich bestätigt. Im Vergleich mit dem Kanton Zürich steige die Retardation in Basel ab dem vierten Schuljahr viel stärker an. Während in Zürich 68,3 Prozent rechtzeitig die Stufe 8 des Schulsystems erreichten, seien es in Basel bloss 51,9 Prozent<sup>651</sup>. In keinem anderen Kanton würden die Schüler und Schülerinnen nach vier Primarschuljahren in drei parallele Schultypen aufgeteilt<sup>652</sup>. Die Eltern müssten schon nach dreieinhalb Schuljahren auf unsicherer Grundlage einen folgenschweren Laufbahnentscheid fällen und hätten deshalb die nachvollziehbare Tendenz, sich für ein Angebot zu entscheiden, das alle Wege offen lasse. Dies als «Elternehrgeiz» anzuprangern, sei «völlig verfehlt». Aus dem gleichen Grund zögen es die Primarlehrpersonen bei der Setzung der selektionsrelevanten Deutsch- und Mathematiknote vor, der aufnehmenden Schule im Zweifelsfall das Urteil über den Schüler zu überlassen<sup>653</sup>. Schüler und Schülerinnen aus der Grundsicht seien doppelt benachteiligt: einmal bei der Selektion und dann auch bei der Remotion, von der sie stärker betroffen seien<sup>654</sup>.

Anschliessend wurden unterschiedliche Massnahmen zur Lösung des Problemkomplexes geprüft und verworfen. Die Verschärfung der Notenbedingungen für den Übertritt ans Gymnasium schüfe ein «Konkurrenzklima», das den bisherigen Charakter der Primarschule gefährden könnte. Zudem sei denkbar, dass sich die Benotung so anpasse, dass gar keine Wirkung eintrete. Ähnliches gelte für die Einführung einer Aufnahmeprüfung mit implizitem Numerus clausus. Während die Treffsicherheit gering sei, müsse unzweifelhaft mit schädlichen pädagogischen Folgen gerechnet werden: «Rangplatzsorgen» würden das Unterrichtsgeschehen überschatten<sup>655</sup>. Für eine Verlängerung der Primarschule auf fünf Jahre sprächen die Akzeptanz bei den Eltern, die sich in einer Befragung mit hoher Beteiligung zu 56 Prozent für die Verlängerung der Primarschule aus-

gesprochen hätten<sup>656</sup>, und die bessere Übereinstimmung mit den Nachbarkantonen Baselland und Aargau. Die Hauptlasten der Reform entstünden jedoch in der Primarstufe und damit am falschen Ort, und im Verhältnis zum Nutzen sei dieser Aufwand zu gross<sup>657</sup>. Eine wirksamere Verbesserung könne die Einführung einer Orientierungsstufe im fünften und sechsten Schuljahr bringen. Auch diese Variante erfordere jedoch eine grosse bauliche und personelle Umstrukturierung, und der Schrumpfungsprozess an den Mittelschulen erzeuge eine «unschöpferische Beunruhigung». Für die Umstellung fehle der nötige politische Druck, stattdessen sei mit heftiger Opposition vonseiten des Gymnasiums zu rechnen.

Nach Prüfung der Lösungswege habe der Regierungsrat sich nicht entschliessen können, einen gesetzgeberischen Antrag zu stellen. Stattdessen setze er auf die «innere Schulreform» und namentlich auf die Lehrplanreformen, die spontan aus den Reihen der Lehrpersonen entstanden seien und die das Potenzial hätten, die übliche Innenschau der Einzelschule zu durchbrechen und die Schultypengrenzen zu relativieren. Aus diesen Gründen beantragte der Regierungsrat, die Anzüge abzuschreiben. Diesem Bericht haftete etwas merkwürdig Ambivalentes und Unentschiedenes an: Einerseits verwandte der Autor, Departementssekretär und Reformfreund Willi Schneider, viel Raum, um Probleme zu analysieren und mögliche Reformen präzise zu beschreiben, die dann mit dem Hinweis auf den fehlenden politischen Willen wiederverworfen wurden, andererseits musste er in der Schilderung der alternativen inneren Reform äusserst unbestimmt bleiben, weil Departementsvorsteher und Erziehungsrat offenbar wenig Willen zeigten, diese systematisch zu planen und voranzutreiben. An einigen Stellen sah es fast so aus, als wollte er mit Gemeinplätzen Widerstand wecken, etwa mit Sätzen wie: Angesichts des anspruchsvollen Pflichtenhefts würde es «an ein Wunder grenzen, wenn [...] jedermann mit der Schule zufrieden wäre»<sup>658</sup>. Oder mit der Schlussbilanz: «Der Regierungsrat ist sich darüber im Klaren, dass der vorliegende Bericht nicht alle Fragen abschliessend beantwortet.»<sup>659</sup>

## Ein erneuter Versuch

In der Grossratsdebatte<sup>660</sup> kritisierten linke Redner die Zurückhaltung des Regierungsrats gegenüber einer Systemreform. Die Mehrheit des Plenums schrieb zwar die Anzüge ab, zeigte durch Überweisung neuer Reform-Anzüge, dass sie der Beschränkung auf Lehrplanüberarbeitungen nicht wirklich folgen wollte. Departementsvorsteher Arnold Schneider liess sich durch diesen Widerstand doch wieder bewegen, eine departementsinterne Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis 1979 Vorschläge zu einem Aufschub des Entscheides über die weiterführenden Schulen vorlegen sollte<sup>661</sup>. Die achtköpfige Arbeitsgruppe Schulreform arbeitete unter Leitung des freisinni-



gen Grossrats und Rektors des Realgymnasiums Werner Rihm (1930–2006). Neben Schulleitungsmitgliedern und Lehrpersonen, die von der Synode bestimmt worden waren, gehörte ihr auch wieder Departementssekretär Willi Schneider an.

Der fristgerecht vorliegende Zwischenbericht wurde im Schulblatt publiziert<sup>662</sup> und schlug zwei Modelle zur Auswahl vor, eines mit einer dreijährigen und eines mit einer zweijährigen Orientierungsstufe. Die Arbeitsgruppe knüpfte an die Situationsanalyse im Bericht des Regierungsrates an und bilanzierte: Aufgrund der problematischen Frühselektion gelte das Gymnasium für jedermann als die erstrebenswerte Mittelschule mit einem Anteil von 36,5 Prozent, während die Sekundarschule für Eltern, Schüler und Schülerinnen «zum Ort der Aussonderung der Untüchtigen» geworden sei mit einem Anteil von gerade noch 16,2 Prozent<sup>663</sup>. «Das Bemühen der Schüler», kritisieren die Autoren, «konzentriere sich bald einmal und immer ausschliesslicher auf die spezifischen Fachanforderungen, auf deren abfragbares Wissen und auf die Schicksalsfrage, wie viel oder wie wenig es zählt, bzw. sich auszahlt»<sup>664</sup>. Der Andrang an Gymnasium und Realschule und die Entleerung der Sekundarschule sei als Niveausenkung wahrgenommen worden. Das erste Modell sah eine dreijährige Orientierungsstufe ohne Wiederholungen vor – mit innerer Differenzierung und Individualisierung. Die einzelnen Fächer würden zu Lernblöcken zusammengefasst und von Fachgruppenlehrpersonen gehalten. Die abschliessende Selektion erfolge über mit Noten bewertete Schulleistungen und über Tests. Zur Auswahl stünden die zweijährige Berufswahlschule, die auf die Berufslehren vorbereite, und die ebenfalls zweijährige Weiterbildungsschule, die auf die Diplomschulen und das vierjährige Gymnasium vorbereiteten. Die Schulzeit bis zur Matur verlängere sich dadurch auf dreizehn Jahre. Das Gymnasium gewinne dafür zuverlässiger ausgewählte und besser motivierte Lernende. Das Alternativmodell mit der zweijährigen Orientierungsstufe führte am Ende des sechsten Schuljahrs in die bisherigen, um zwei Jahre gekürzten Parallelangebote, ins Gymnasium sowie an Real- und Sekundarschule. Die Arbeitsgruppe zeigte sich zuversichtlich, dass sich auch die übrigen Kantone in diese Richtung entwickeln würden, sodass es nicht zu einem Basler Alleingang kommen werde.

Auf diese Vorschläge gingen in der Vernehmlassung 64 Stellungnahmen ein, worunter 40 von Schulgremien. Die Auswertung, die ein Jahr später im Schulblatt publiziert wurde<sup>665</sup>, brachte ein klares Ergebnis: Eine Reform im Sinne eines Selektionsaufschubs wurde mit 50 zu 11 überaus deutlich befürwortet, das eindruckliche Stimmenverhältnis der Lehrpersonen betrug 1021 zu 107<sup>666</sup>. Das «Unbehagen» über den jetzigen Zustand sei völlig unstrittig, urteilte die Arbeitsgruppe. Während eine Verlängerung der Primarschule um ein Jahr deutlich abgelehnt wurde, erfreute sich das Prinzip Orientierungsstufe der deutlichen Zustimmung, ausser bei jenen Schulen, an deren Stelle die Orientierungsstufe träte. Von den beiden Modellen erhielt schliesslich die drei- vor der zweijährigen Orientierungsstufe

klar den Vorzug. Die Autoren schlossen mit der Empfehlung, diesen Weg weiterzugehen<sup>667</sup>. Erziehungsdirektor Arnold Schneider liess sich darauf vom Regierungsrat den Auftrag geben, eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes vorzulegen<sup>668</sup>.

## «Das jetzige System ist beizubehalten»

Dass es zu einem erneuten Schwenk kam und der Departementsvorsteher schliesslich seine eigene Arbeitsgruppe im Regen stehen liess, nahm seinen Anfang in der Sitzung des Erziehungsrats. Dieser weigerte sich, die Arbeitsgruppe Schulreform überhaupt anzuhören, und sprach sich mit sieben zu zwei Stimmen für eine Beschränkung auf innere Reformen aus. Das geltende System sei nicht so schlecht, wie es gemacht werde, gab ein Gymnasiallehrer zu bedenken, jedes System habe seine Vor- und Nachteile, und die Vertreterin der Liberalen ergänzte: «Die Misere besteht nur bei den Schülern, die in der Schule keinen Erfolg haben [...] und die nicht die richtige Schule besuchen.» Weil die wenigen Reformbefürworter gegen alle vorgeschlagenen Modelle Bedenken vorbrachten, einigte sich die Mehrheit schliesslich auf die Leerformel «innere Reformen»<sup>669</sup>. Diese Steilvorlage nutzte der Regierungsrat zum lakonischen Beschluss: «Das jetzige Schulsystem ist beizubehalten.»<sup>670</sup> Zum einstimmigen Entscheid trug auch Arnold Schneider bei. Der Regierungsrat beantragte dem Grosse Rat, zwei Reforminitiativen abzulehnen, eine für die Verlängerung der Primarschule auf fünf Jahre und eine zugunsten einer Mittelstufenreform im Sinne der Arbeitsgruppe Schulreform. Zudem sollten vier weitere Reformansätze abgeschrieben werden<sup>671</sup>. Der Ruf nach Schulreformen verstumme nie, auch dort nicht, wo die Grundzüge des Schulsystems mit grossen Hoffnungen verändert wurden. Daraus schloss der Bericht, dass dem Schulwesen überall eine gewisse Unvollkommenheit anhafte. Die Kritik an der Frühselektion sei nicht wirkungslos geblieben, sondern habe einen «stillen Systemwandel» bewirkt. Demgegenüber seien die zu erwartenden Mängel nach vollzogener Reform noch unbekannt und daher schlimmer. Damit war die Kritik am dreigliedrigen System allerdings nicht entkräftet. Auf diese Weise versuchte der Berichtschreiber und Reformbefürworter Willi Schneider seinen Rollenkonflikt zu lösen<sup>672</sup>. Kein System könne ein beliebiges Mass an Veränderungen bewältigen, deshalb sollten die vorhandenen Energien besser für innere Reformen genutzt werden. Es fehle die erforderliche «Grundwelle» für eine äussere Reform<sup>673</sup>.

Mit diesem Kurs und mit der zynisch empfundenen Begründung konnte sich der Grosse Rat überhaupt nicht anfreunden. Der Sprecher der Progressiven, der Partei der 68er, eröffnete den Schlagabtausch: Die Regierung argumentiere «wider besseres Wissen», habe 1977 eine seriöse Analyse der Schulprobleme vorgelegt, worauf die Arbeitsgruppe Schulre-



form eingesetzt worden sei. Das jetzige Nein sei «ein groteskes Spiel»<sup>674</sup>. Der Departementsvorsteher blieb bei seiner Haltung, stellte bei der Konkretisierung der Reform eine zunehmende Opposition fest und sah keine mittlere Linie<sup>675</sup>. Am Schluss der dreistündigen Debatte riss das Parlament die Führung des Geschäftes an sich und wies den Bericht des Regierungsrates ohne Gegenstimme an eine 19-gliedrige Kommission<sup>676</sup>. Sie hatte die Initiativen und Vorstösse erneut zu beurteilen und einen Weg für eine Reform aufzuzeigen. Zu guter Letzt gab Arnold Schneider an, sich auf die Mitarbeit in der Kommission in den letzten Monaten seiner Amtstätigkeit zu freuen. Werner Rihm, der nicht in die Debatte eingegriffen hatte, zeigte sich befriedigt, dass seine Arbeitsgruppe nicht bloss für den Schreibtisch gearbeitet habe. Angebote, eine Führungsaufgabe zu übernehmen, lehnte er ab. Weder als Nachfolger von Arnold Schneider noch als Präsident der Grossratskommission stand er zur Verfügung.

## Das Umfeld

Seit Beginn der Reformdebatte hatte sich das freundliche Umfeld ver-  
düstert, und vor allem den Lehrpersonen schlug nun ein kalter Wind  
entgegen. Die Schülerzahl, die 1971 einen Höhepunkt erreicht hatte, war  
konstant gesunken und erreichte 1986 einen Tiefstand bei einem Minus  
von 43 Prozent.

SCHÜLER- UND KLASSENZAHL		
Jahr	Schülerzahl	Klassenzahl
1971	26 589	1042
1986	15 212 Rückgang 43 %	831 Rückgang 20 %

Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1986, S. 74

Dank der gesetzlichen Verkleinerung der Schulklassen konnte das Absinken der für die Lehrpersonenstellen relevanten Anzahl Schulklassen einige Jahre aufgehalten werden. Zusammen mit der Erhöhung der Lektionen in der Berufsbildung hatte das zur Folge, dass die Zahl der Lehrerstellen bis 1981 fast stabil blieb. Dem Rückgang der Lehrpersonenstellen in den folgenden Jahren begegnete das Departement mit den folgenden Massnahmen: Die Ausbildung von Primarlehrpersonen wurde gedrosselt. Vakante Lehrpersonenstellen durften erst definitiv besetzt werden, wenn eine Beschäftigung über längere Zeit garantiert war. Überstunden durften keine vergeben werden. Beschäftigungsprobleme an einer Schule wurden dadurch aufgefangen, dass sogenannten Vikaren und Vikarinnen die Verlängerung ihres Jahresvertrags verweigert wurde, auch wenn sie die Anstellungsvoraussetzungen erfüllten. Sie bildeten eine Art Reservetruppe ohne Anspruch auf feste Anstellung. Wenn Engpässe dadurch nicht beseitigt werden konnten, mussten unbefristet

Angestellte an andere Schulen versetzt werden<sup>677</sup>. Der Klassenrückgang hatte auch zur Folge, dass Schulraum an die Verwaltung abgegeben wurde, betroffen waren als Ganze die Schulhäuser Rittergasse und Spalen.

#### ZWISCHEN ÜBERFLUSS UND MANGEL: ZYKLEN DES LEHRPERSONENBEDARFS

In Zyklen des Mangels gelingt es in der Stadt besser, Lehrpersonen zu rekrutieren als in ländlichen Gebieten.

Zeit	Zyklus	Ursachen	Massnahmen Staat
Vor 1848	Überfluss	Stadtbevölkerung stabil, Klassen- und Stellenzahl fixiert, lebenslange Anstellung, wenig berufliche Alternativen	Ancien Régime: in der Stadt nur Bürger und Theologen zugelassen, bei Anstellung Losentscheid ab 1820er-Jahre: Lehrerausbildung verlangt, ausserkantonale Ausschreibung, bessere Löhne
1848–1914	Mangel	Niederlassungsfreiheit im Bundesstaat, starkes Bevölkerungswachstum, kleinere Klassen, Schulpflicht verlängert, neue Schulangebote, professionelle weltliche Schulleitungen, viele neue Quartierschulen	Ausschreibung ausserkantonale, viele externe Bewerbungen, im interkantonalen Vergleich hohe Löhne, hoher Status / Standesbewusstsein
1914–1946	Überfluss	Rückwanderung ausländische Kriegsdienstpflichtige, wenig Zuwanderung, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit	Studienplatzbeschränkungen im neu eröffneten Lehrerseminar, Lehrerinnenzölibat
1946–1976	Mangel	Bevölkerungswachstum, Familiennachzug Fremdarbeiter, Hochkonjunktur, Fachkräftemangel, neue Bildungsangebote	Ausschreibung ausserkantonale und in Deutschland, Ausbildung Quereinsteiger
1976–2003	Überfluss	Rezession, Stadtflucht Familien, Rückgang Klassenzahlen, Sparmassnahmen: 1999–2003 vorübergehende Erhöhung Pflichtstundenzahl (200 Vollstellen)	Kleinere Klassen, Überstundenverbot, befristete Anstellungen im Vikariat, Frühpensionierungen, Beschäftigungsprogramm
2003–	Mangel	Einwanderung, steigende Schülerzahlen, neue Lehrpersonenstellen mit Förderaufgaben, Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel	Gesamtschweizerische Lehrdiplomanerkennung EDK, Abschaffung Vikariat, Ausbildung für Quereinsteiger

Vgl. Hodel, Gottfried, «Kinder, immer nur Kinder, aber Lehrer bringt keiner», Bern 2005

In den 80er-Jahren unternahm der Regierungsrat weitere Versuche, das Schulbudget zu entlasten, etwa durch Lockerung der Vorschriften zur Klassenbildung und durch einen ersten Vorstoss zur Kommunalisierung der Kindergärten (vgl. S. 308). Gegen diese Bestrebungen mobilisierte die Schulsynode teilweise erfolgreich. Im Falle der Kindergärten brachte sie die Vorlage im Rat unter Hinweis auf die notwendige Einheit der Volksbildung zum Absturz<sup>678</sup>. Als Sparmassnahmen wurden ferner erwogen: ein Stellenabbau im Schularztamt, die Einführung von Gebühren für Legasthenie und Logopädie, höhere Kostenbeiträge der Eltern für Skilager sowie ein Abbau bei der Schulhausreinigung.

Als Frontalangriff auf die Rolle der Lehrer und Lehrerinnen wertete die organisierte Lehrerschaft die Einführung einer sechsjährigen Amtsdauer mit periodischer Überprüfung des Dienstverhältnisses<sup>679</sup>, wie sie schon 1978 in einem Anzug gefordert worden war<sup>680</sup>. Die Synode machte geltend, das berufsbedingte Spannungsfeld der Lehrpersonen zwischen den Interessen der Schüler, der Eltern und der Vorgesetzten bedürfe eines speziellen Schutzes. Gegen die Gesetzesänderung ergriff sie das Referendum, weil sie eine Verschlechterung des Schulklimas befürchtete.



Die Stimmenden hiessen die Vorlage 1985<sup>681</sup> aber mit 57 Prozent an der Urne gut. Den Ausschlag gab wohl das Argument, dass dieses Regime schon längere Zeit für alle übrigen Beamtinnen und Beamten galt und dass kein stichhaltiger Grund für eine Privilegierung der Lehrpersonen bestehe. Nachdem der Regierungsrat und die Lehrpersonenorganisationen in mehreren politischen Kämpfen aneinandergeraten waren, gab die ungenügende Trennung zwischen der Staatlichen Schulsynode als Zwangskörperschaft und der als Gewerkschaft agierenden Freiwilligen Schulsynode zu reden. Vonseiten des Departements und aus dem Grossen Rat gab es Versuche, die Rechtsgrundlagen zu ändern (vgl. S. 144).

Eine Entfremdung zwischen Schülern, Eltern, Lehrpersonen und der Departementsleitung hinterliess der 1. November 1986. Nach Mitternacht rissen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Alarmsirenen die Bevölkerung aus dem Schlaf. Der Grossbrand in einem Chemielager der Firma Sandoz in Schweizerhalle färbte den Himmel am Rheinknie rot und schwarz und machte sich durch einen ätzenden Geruch bemerkbar. Besonders verhängnisvoll waren die riesigen Mengen von Löschwasser, die den Rhein rot färbten und ein gigantisches Fischsterben auslösten. Regierungspräsident Hans-Rudolf Striebel (\*1930)<sup>682</sup>, freisinniger Grossrat und Physikprofessor, der Arnold Schneider 1984 als Erziehungsdirektor abgelöst hatte, gab um sieben Uhr morgens namens des Krisenstabs bekannt, dass der Schulunterricht stattfinden solle, ein Entscheid, der von vielen nicht verstanden wurde<sup>683</sup>.

## Der Grosse Rat übernimmt

Nachdem sich der Regierungsrat auf Antrag von Erziehungsdirektor Arnold Schneider geweigert hatte, einen Weg für eine äussere Reform aufzuzeigen und einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, nahm der Grosse Rat, der sich nicht mit einer inneren Reform begnügen wollte, das Heft in die Hand. Mangels Regierungsvorlage gab sich die von ihm eingesetzte Kommission selbst den Auftrag, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten. Zu den Eigentümlichkeiten dieser Anlage zählt, dass Regierungsrat Hans-Rudolf Striebel, der Nachfolger von Arnold Schneider, als Fachperson befragt wurde, aber keine Steuerungsrolle übernahm. Dass er sich im Hearing persönlich für eine sechsjährige Primarschule aussprach – wegen der Einfachheit der Organisation und der Konvergenz mit anderen Kantonen<sup>684</sup> –, hatte kein besonderes Gewicht. Das Regierungskollegium bestreite die Strukturmängel nicht, bloss müsse eine Reform eine politische Mehrheit finden. Mit dieser Position schob der Regierungsrat die Verantwortung der Kommission zu. Diese konnte auf den Sachverstand der Mitarbeiter im Erziehungsdepartement zurückgreifen. Willi Schneider begleitete die Kommissionsarbeit gern<sup>685</sup>.

Erstaunlich ist, wie wenig wahrgenommen wurde, dass zur gleichen Zeit auch im Kanton Bern, in dem die Primarschule ebenfalls vier Jahre dauerte, über die Probleme der Frühselektion und die Änderung der Schulstruktur diskutiert wurde. Die Berner Stimmberechtigten entschieden sich 1990 mit 87 Prozent für die Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre<sup>686</sup> und damit für eine Lösung, die sich in der Mehrheit der Kantone bewährt hatte. Im Rahmen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz, zu der auch der Kanton Bern gehörte, diskutierten die Bildungsdirektoren 1987 auf Schloss Habsburg über die unterschiedlichen Strukturdebatten in Bern und Basel und über die unbestrittene Wünschbarkeit der Schulkoordination. Hans-Rudolf Striebel machte aber geltend, dass Basel-Stadt als Stadtkanton grundlegend andere Probleme habe als die anderen Kantone und dass nicht seinem Departement die Entscheidung zufalle, sondern dem Parlament und den Stimmbürgern<sup>687</sup>. Eine Chance zur Harmonisierung war verpasst worden.

Die 19-gliedrige Kommission nahm sich vier Jahre Zeit. Sie begann ihre Arbeit mit 19 Hearings von Experten und Gremienvertretungen zum Reformbedarf und bilanzierte anschliessend: «Als genereller Eindruck der vielen Konsultationen bleibt zurück, dass die bisherigen Zustände reformbedürftig sind und dass es in keinem Falle richtig wäre, sie unverändert bestehen zu lassen, auch wenn die Meinungen über die Reform geteilt sind.»<sup>688</sup> Ausgangspunkt der Lösungssuche bildete der Bericht der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Schulreform, deren Präsident, Werner Rihm, sich in ihren Reihen befand. Wegen des Schülerrückgangs schloss die Kommission den Weg eines Versuchs mit einem Parallelsystem aus. Die Mitglieder waren sich einig, dass es eine Strukturreform im Bereich des fünften bis siebten Schuljahres brauche, nicht bloss einen Entscheidungsaufschub, sondern eine Auflösung der Selektion in revidierbare Teilentscheide. Nach dem Besuch von Reformschulen in den Kantonen Bern, Tessin und Genf sowie im deutschen Bundesland Hessen, sahen sie es als gegeben an, dass eine Verlängerung der Primarschule auf fünf Jahre wie im Tessin oder auf sechs Jahre wie in Genf das Orientierungsproblem nicht löse. Sonst hätten diese Kantone ja keine neue Mittelstufe schaffen müssen. Die Studienreisen gaben der Kommission auch die Gewissheit, dass eine Orientierungsstufe funktionieren könne<sup>689</sup>. Die neue Mittelstufe müsse drei Jahre dauern und mit einem undifferenzierten Schuljahr in leistungsheterogenen Klassen einsetzen, damit die Lehrpersonen genügend Gelegenheit hätten, das Potenzial ihrer neuen Schüler und Schülerinnen kennenzulernen. Ab dem zweiten Jahr müsse eine Differenzierung der Stammklasse in wichtigen Fächern einsetzen, und zwar als Zweiteilung, weil ein dritter Kurs Gefahr laufe, zur Restschule zu verkümmern.

Und so sah die neue Orientierungsschule aus: Im ersten Jahr gewöhnten sich die leistungsgemischten Klassen undifferenziert an einen gemässigten Fachunterricht. Der Französischunterricht setzte ein. Im



zweiten Jahr wurden Deutsch, Französisch und Mathematik im Abteilungsunterricht geführt, der es den Lernenden erlaubte, ihre Leistungsfähigkeit zu erproben. Im dritten wurden diese zentralen Leistungsfächer in einem Grund- und einem Erweiterungskurs unterrichtet, zwischen denen Wechsel möglich waren. An die Seite der zunächst sanft differenzierenden Abteilungen und Niveauekurse trat im zweiten und dritten Jahr die Erkundung besonderer Interessen in Wahlfächern, die auf die Programme der weiterführenden Schulen ausgerichtet waren. Zu diesen Optionen gehörte notwendigerweise Latein. Schliesslich waren zur Verbesserung der Durchlässigkeit Stütz- und Förderkurse vorgesehen. Insgesamt wurde die bisher auf dieser Stufe tiefe Zahl wöchentlicher Pflichtstunden der Schüler auf den schweizerischen Durchschnitt angehoben. Die Selektion in die beiden nachfolgenden Parallelangebote erfolgte auf der Grundlage von Leistungsnoten in den Pflichtfächern. Wenn die Eltern nicht mit dem Ergebnis einverstanden waren, erfolgte eine probeweise Aufnahme in die gewünschte Schule<sup>690</sup>. Im achten Schuljahr wurden die Jugendlichen in das fünfjährige Gymnasium, das weiterhin in zwölf Schuljahren zur Matur führte, oder in die zweijährige Weiterbildungsschule eingeteilt, in einem gewünschten Verhältnis von eins zu vier. Das Reformmodell war von einer Subkommission unter Hans-Rudolf Merkel (1927–1999), Grossrat der evangelischen Partei, ausgearbeitet worden, dem als Konrektor des Humanistischen Gymnasiums viel daran gelegen war, gute Bedingungen für das Gymnasium zu schaffen, das sich selbst nicht für reformbedürftig hielt. Die Weiterbildungsschule sollte auf die Berufsbildung und auf weiterführende Schulen, wie die Diplomschulen, vorbereiten. Seine innere Differenzierung folgte dem Modell der Orientierungsschule mit Niveauekursen in Deutsch, Französisch und Mathematik und einem Spektrum von Wahlfächern. Rückversetzungen waren ausgeschlossen. Die Kommission war sich bewusst, dass von den Lehrpersonen der neuen Schulen ein erhöhtes Engagement bei der Betreuung und Förderung im binnendifferenzierten Unterricht der Stammklassen nötig war. Statt der auf Schultypen bezogenen Ausbildung sollte eine schulstufenspezifische Ausbildung angeboten werden. Überhaupt war die Vorbereitung der neuen Schule eine hoch anspruchsvolle Aufgabe, die die Kommission in die Hand einer zehn Jahre tätigen Projektleitung legen wollte.

Den Abschluss der Kommissionsarbeit und den Plenumsentscheid von 1987 beschrieb das Erziehungsdepartement später wie folgt: «Die jahrelange Suche nach einer Konsenslösung verlief sowohl gruppendynamisch wie auch politisch erfolgreich, indem die Kommission ihren Reformvorschlag einstimmig verabschiedete. Der Kompromiss überstand trotz leichten Abbröckelungserscheinungen die Debatte im Plenum erstaunlich gut, sodass die Gegner ihre Hoffnungen auf die Volksabstimmung setzen mussten.»<sup>691</sup> Anerkennung kam auch aus Zürich. Eine Parlamentskommission, schrieb <jz> in der Neuen Zürcher Zeitung, habe einen «Konsens unter den Vertretern verschiedener Auffassungen erkämpft, der als einmalig be-

zeichnet werden darf und entsprechende Beachtung verdient. Dieses Lob enthält aber auch die staatsrechtliche und die politische Frage, ob es im Kanton Basel-Stadt weiterhin angängig ist, dass solche fundamentalen Aufgaben mehr und mehr von Milizparlamentariern übernommen werden müssen, nur weil eine sich in internen Querelen aufreibende Exekutive dazu nicht mehr fähig zu sein scheint.»<sup>692</sup>

Seiner Verantwortung war sich das Ratsplenum am Entscheidungstag bewusst<sup>693</sup>. Mit den Worten «Sie treffen heute einen ungeheuer wichtigen Entscheid», eröffnete der Kommissionspräsident die Sitzung<sup>694</sup>, und der Sprecher der Evangelischen forderte seine Kolleginnen und Kollegen im Verlauf der sechs Stunden auf, «in Gottes Namen etwas Tapferes» zu tun. Namens der Subkommission zeigte Hans-Rudolf Merkel auf, dass sie sich von den Schulmodellen in Genf und im Tessin hätten inspirieren lassen, aber dann zu einer eigenständigen Basler Lösung gekommen seien. Erziehungsdirektor Hans-Rudolf Striebel gab die Zustimmung des Regierungsrats bekannt. Der Selektionsentscheid werde nicht einfach hinausgeschoben, sondern vielmehr in Einzelentscheide fraktioniert. Dadurch solle es zu weniger Fehlentscheiden und weniger Schulversagen kommen und die Lernfreude könne länger anhalten. Die Linke unterstützte die Reform, auch wenn Einzelne Vorbehalte gegen die komplexe Differenzierung in der Orientierungsschule anmeldeten und Unruhe und Niveaugerangel befürchteten. Die ebenfalls zustimmende Mehrheit der freisinnigen Fraktion beantragte das obligatorische Referendum, weil das «Jahrhundertwerk mit breiter Ausstrahlung» vom Volk mitgetragen werden müsse. Kritik kam von den Christdemokraten, die eine zweijährige Orientierungsschule vorgezogen hätten, und von den Liberalen, die die «realitätsfremde» Reform und die «Einheitsschule» rundweg ablehnten. Mit 82 zu 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen stellte sich der Rat klar hinter seine Kommission. Das letzte Wort sollten nach einhelliger Meinung die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben.

## Ein unerwarteter Ausgang

Im hart geführten Abstimmungskampf<sup>695</sup> wechselte der Freisinn wie schon 1973 ins gegnerische Lager, das von den Liberalen und einem gegnerischen Lehrerkomitee angeführt wurde. Dieses warnte in seiner Abstimmungsbroschüre vor dem «Eintopf», vor unrealistischen Wunschvorstellungen, die die schwachen Schüler und Schülerinnen benachteiligen würden, und vor dem radikalen Bruch, der Basel zur Schulinsel mache. Im überparteilichen Komitee für die Schulreform kämpften viele Mitglieder der Kommission, Linke, Grüne, die Christdemokraten und eine ganze Reihe von Lehrpersonen. In ihren Flugblättern warben sie mit der Devise «Tatsachen, statt Polemik» und für eine dringende Reform, die erhalte, was



in der Basler Schullandschaft gut sei. Ein Ja empfahl schliesslich auch Urs Rist im Kommentar der Basler Zeitung «Für mehr Chancen in der Schule», weil die Schwächen des bisherigen Systems nur mit spürbaren Veränderungen überwunden werden könnten<sup>696</sup>. Insgesamt schienen aber die Gegner das Feld zu beherrschen, spätestens seit die Lehrerinnen und Lehrer der Reform im September in einer Urabstimmung der Freiwilligen Schulsynode mit 53 Prozent eine Abfuhr erteilt hatten. Für eine Parole reichte das freilich nicht. Am 4. Dezember 1988 dann die grosse Überraschung: Wider Erwarten entschied sich der Souverän mit 54,2 Prozent für die Schulreform, und dies bei einer ungewöhnlich hohen Stimmbeteiligung von 50,5 Prozent. Tags darauf kommentierte die Neue Zürcher Zeitung: «Dieses Resultat wird auch von den Befürwortern als Überraschung gedeutet, hiermit ist der Weg frei für strukturelle Massnahmen, die in vielen Kreisen als Experiment gewertet werden und welche nun die Konzentration aller Kräfte erheischen. Es ist zu hoffen, dass dieser Einsatz in einer beruhigten Atmosphäre erbracht werden kann [...] Das Ja erfordert auch die Aufgabe des Widerstands jenes erheblichen Teils der Lehrerschaft, der sich gegen das Projekt ausgesprochen hatte.»<sup>697</sup> Der Regierungsrat freute sich über das Ergebnis und dass «die Phase des Diskutierens durch jene des Handelns abgelöst» werde: «Dies eröffnet der Institution Schule, die wie viele andere Einrichtungen des öffentlichen Lebens von Erstarrung bedroht ist, die Chance, sich unter neuen gesetzgeberischen Vorgaben zukunftsweisend weiterzuentwickeln.»<sup>698</sup>

MITTELSTUFENREFORM GEMÄSS GROSSRATSBESCHLUSS 1988

12	Gymnasien	Diplomschulen	Berufslehren/Berufsschulen
11			
10			
9		Weiterbildungsschule D, F, M: Niveaure	
8			
7	Orientierungsschule D, F, M: Abteilungen im 6., Niveaure im 7. Schuljahr		
6			
5			

Schuljahr  = Volksschule D = Deutsch, F = Französisch, M = Mathematik

MITTELSTUFENREFORM GEMÄSS ARBEITSGRUPPE SCHULREFORM 1979 (VARIANTE 1)

13	Gymnasien	Diplomschulen	Berufslehren/Berufsschulen
12			
11			
10			
9	Weiterbildungsschule		Berufswahlschule
8			
7	Orientierungsstufe		
6			
5			

Unterlegte Schuljahre = Volksschule

## Die Schulreform von 1988 aus historischer Distanz

Die Einführung der Orientierungsschule war eine Antwort auf die zentrale Problematik der Frühselektion, mit der sich die Schulpolitik schon seit mehr als hundert Jahre immer wieder auseinandergesetzt hatte: Im Bemühen, den ständischen Charakter der Schulen zu überwinden, schlug Wilhelm Klein in seinem Gesetzesentwurf von 1877 vor, die Selektion fürs Gymnasium erst am Ende einer achtjährigen Schulpflicht in leistungsgemischten Klassen vorzunehmen. Das 1880 verabschiedete Schulgesetz verlängerte die Knabenprimarschule zwar um ein Jahr, hielt aber an der anschliessenden Aufteilung der Schülerinnen und Schüler fest. Bereits 1893 plädierte der sozialdemokratische Grossrat und Sekundarlehrer Gustav Fautin zugunsten einer solideren Auslese für eine sechsjährige Primarschule, zog seinen Vorstoss aber zurück, als die freiwillige Schulsynode sich dagegenstellte, weil es den mittleren und höheren Unterricht schädige<sup>699</sup>. 1906 postulierte ein anderer Sekundarlehrer an der Jahresversammlung der Synode eine einheitliche Mittelschule und führte aus: «Die Entscheidung über den weiteren Bildungsgang eines Kindes, das erst vier Jahre Primarschule hinter sich hat, ist verfrüht.»<sup>700</sup> Der Gedanke wurde in die laufende Diskussion über eine Totalrevision des Schulgesetzes aufgenommen. Fritz Hausers Entwurf von 1922 sah nach der Primarschule eine Zweiteilung in eine Sekundar- und eine Mittelschule vor und eine Verkürzung des Gymnasiums um zwei Jahre. Davon blieb 1929, wie weiter oben dargelegt (vgl. S. 196), nur die Bestimmung, die den Regierungsrat verpflichtete, bis 1936 wieder über die Selektionsfrage zu berichten und Antrag zu stellen. Bekanntlich hat der Grosse Rat erst 1973 mit der neuen Schule über eine Vorlage befinden können, die einen Lösungsvorschlag in dieser Frage enthielt. Nach über hundert Jahren Diskussion hatte sich Basel 1988 für einen Lösungsweg entschieden.

Es ist das Verdienst der Grossratskommission, eine Reform vorge schlagen zu haben, die eine grosse Konsensleistung beinhaltete und zu der auch eine ganze Reihe prominenter Gymnasialvertreter Ja sagen konnte. Die Kommission tauchte dabei tief in die pädagogische Materie ein und schuf eine eigenständige Orientierungsschule mit sorgfältig durchdachten Förder- und Auslesemechanismen. Obwohl in der Praxis für Lernende, Eltern und vor allem für Lehrende anspruchsvoll bis hart an die Grenze des Leistbaren, fand diese Schule, nachdem der Funke gesprungen war, auf allen drei Seiten begeisterte Anhängerinnen und Anhänger. Dank dem hohen Engagement innovativer Lehrpersonen hat die Orientierungsschule eine grosse Integrationswirkung entfaltet. Dass die Zuteilungsquote für das Gymnasium bald bei 40 Prozent lag, statt bei den gewünschten 25 bis 30 Prozent, war nicht ihr Fehler, sondern das Ergebnis eines Ungleichgewichts zwischen den attraktiven, mit viel Eigenständigkeit und stabilen Klassenverbänden ausgerüsteten fünfjährigen Gymnasien und ihres Wettstreits um die Schüler auf der einen Seite und den sechs wenig profilierten Standorten der Weiterbildungsschule mit stark aufgelöstem Klassenverband andererseits. In deren



heterogenen Klassen fühlten sich die Leistungsstarken oft benachteiligt. Mit bloss zweijähriger Dauer schaffte sie es trotz aller Anstrengungen nicht, mehr als eine ungeliebte Zwischenstation in einer Schullaufbahn mit allzu vielen Schulwechseln zu sein. Die Berufsbildung als Ziel und Chance war im Selektionszeitpunkt wenig präsent, sodass die Einteilung in die Weiterbildungsschule häufig bloss als Ergebnis eines Scheiterns empfunden wurde.

Obwohl die Orientierungsschule und ihre Lehrpersonen bei Eltern und Fachleuten sehr viel Anerkennung erhielten, gelang es dem Schulsystem von 1988 als Ganzem auch nach einem Jahrzehnt nicht, in der Bevölkerung ganz selbstverständlich als die Basler Schule akzeptiert zu sein. Der Graben zwischen Anhängern und Skeptikern wurde nie ganz zugeschüttet. Letztere gab es vor allem im bürgerlichen Milieu, in Wirtschaftskreisen und unter konservativen Lehrpersonen. Das Führungsdefizit der Exekutive mag zu diesem Dilemma beigetragen haben.

Dass die Reform nicht in ruhige Wasser fahren konnte, liegt aber auch an neuen, nicht voraussehbaren externen Entwicklungen. Durch kontinuierliche Einwanderung kamen immer mehr fremdsprachige Ausländerkinder in die heterogenen Schulklassen, nahmen Unterstützungsleistungen in Anspruch und belasteten die Systeme (vgl. S. 284ff). Die Erwartung, dass sich die Schulorganisationen der anderen Kantone in die gleiche Richtung wie Basel entwickeln würden, erwies sich als Fehleinschätzung. Basel-Stadt wurde zum Aussenseiter, der den aufkommenden Vereinheitlichungsdruck besonders zu spüren bekam.

## Rückschläge und Konsolidierung<sup>701</sup>

Den Planungs- und Vorbereitungsaufwand zur Einführung der neuen Schulen hatte das Departement nach eigenen Angaben unterschätzt. Die «abwartende» und teilweise «misstrauische» Haltung der Lehrerschaft liess einen Kaltstart nicht zu. Schon nach kurzer Zeit warf der Projektleiter das Handtuch, nachdem er sich mit den Schulleitungen und Lehrpersonenvertretungen in der Planungsgruppe überworfen hatte. Der Regierungsrat sah sich genötigt, dem Grossen Rat eine Verschiebung des Umsetzungsbeginns um zwei Jahre zu beantragen<sup>702</sup>. Diese Krise<sup>703</sup> nutzten einzelne Gegner und überraschten mit dem Vorschlag, man solle die Realisierbarkeit der Reform zuerst anhand eines Pilotversuchs prüfen<sup>704</sup>. Der Departementsvorsteher berief darauf ein Projektteam mit drei gut vernetzten Lehrpersonen, das ein Jahr später um zwei weitere Personen erweitert wurde. Ihnen zur Seite stand eine private Beratungsfirma. Zu den primären Aufgaben der Projektleitung gehörten die Bestimmung der neuen pädagogischen Inhalte, die Planung des Schulraums und die Zuteilung der Lehrpersonen. Zum Team gehörten die Deutschdidaktikerin Rosmarie Durach (\*1937) als Zuständige für Pädagogik und Departements-

sekretär Willi Schneider. Als Erstes legten sie ein Reformmanual mit der Aufbau- und Ablauforganisation vor. Darauf machten sie sich mit ihren Arbeitsgruppen, in denen gegen 300 Lehrpersonen mitarbeiteten, ans Werk. Was viele nicht geglaubt hatten, gelang, die Projektleitung schaffte den Durchbruch.

Doch die Reformgegner holten zu einem neuen Schlag aus. Ein überparteiliches Komitee mit vielen Prominenten aus Politik, Universität, Gymnasien und Wirtschaftsverbänden versuchte mit einer ‹Initiative für regionale Schulkoordination›<sup>705</sup>, den Abbruch der Reform zu erzwingen. Die im Titel verlangte Koordination mit den Nachbarkantonen sollte durch eine Primarschule von mindestens fünf Jahren und eine anschliessende Mittelstufe mit mehreren selbständigen Bildungsgängen erreicht werden. Ihm gegenüber stand die überparteiliche Gruppe Pro Schulreform mit Personen aus Politik, Schulen und Elternkreisen. Die Heftigkeit des Abstimmungskampfs übertraf nicht nur die Abstimmung von 1988, sondern, wie Urs Hobi von der Basler Zeitung urteilte, die ‹landesübliche Schmerzgrenze›. Als Beispiel führte er ein Inserat der Liberalen an, in dem das Basler Reformmodell mit den kubanischen Schulen verglichen wurde, weil es Basel zur einsamen Insel mache und einer gleichmacherischen Ideologie verpflichtet sei<sup>706</sup>. An der Jahresversammlung der freiwilligen Schulsynode<sup>707</sup> mahnte der Departementsvorsteher gemäss Basler Zeitung: ‹Die Reform verdiene es nicht, in ein Trümmerfeld verwandelt zu werden, ein Abbruch wäre ‹chaotisch, weltfremd und teuer›› und spielte auf die Schlagworte in einem Plakat der Initianten an. Die anwesenden Lehrpersonen stimmten mit 570 zu 142 für die Nein-Parole<sup>708</sup>. In einem Abstimmungskommentar der Nordschweiz schrieb Katrin Holenstein unter dem Titel ‹Zu spät und zu früh›: ‹Ärgerlich ist, dass sich die damaligen Reform-Kritiker und heutigen Initianten bei der Reformdiskussion damit begnügten, eine bequeme ablehnende Haltung einzunehmen. Konstruktives war von den Reformgegnern wenig zu hören. Ein ausgearbeiteter Vorschlag, der eine fünfjährige Primarschulzeit und vor allem konkrete Massnahmen zugunsten der Durchlässigkeit zwischen den ‹Etagen› beinhaltet hätte, wäre damals bestimmt nicht chancenlos neben dem Reform-Modell gestanden. Nun, nachdem die Abstimmung verloren und der Reformprozess angelaufen ist, soll die Sache mit einer unformulierten Initiative zu Fall gebracht werden. Und dabei haben sich die Initianten nicht einmal sonderlich bemüht. Konkrete Vorschläge, wie das heutige Schulsystem verbessert werden könnte, fehlen, mit Ausnahme des fünften Primarschuljahrs.›<sup>709</sup> In der Volksabstimmung vom 21. Juni 1992 wurde die Initiative mit 59 Prozent verworfen, bei einer Stimmbeteiligung von 38 Prozent. Die Zustimmung für die Reform war gewachsen.

Entgegen den Aussagen im Bericht der Grossratskommission<sup>710</sup> stellte sich bei der Schulraumplanung schnell heraus, dass für die Reform und die steigenden Schülerzahlen Schulhäuser angepasst und ergänzt werden mussten, nicht zuletzt, weil in den vorangehenden zwanzig



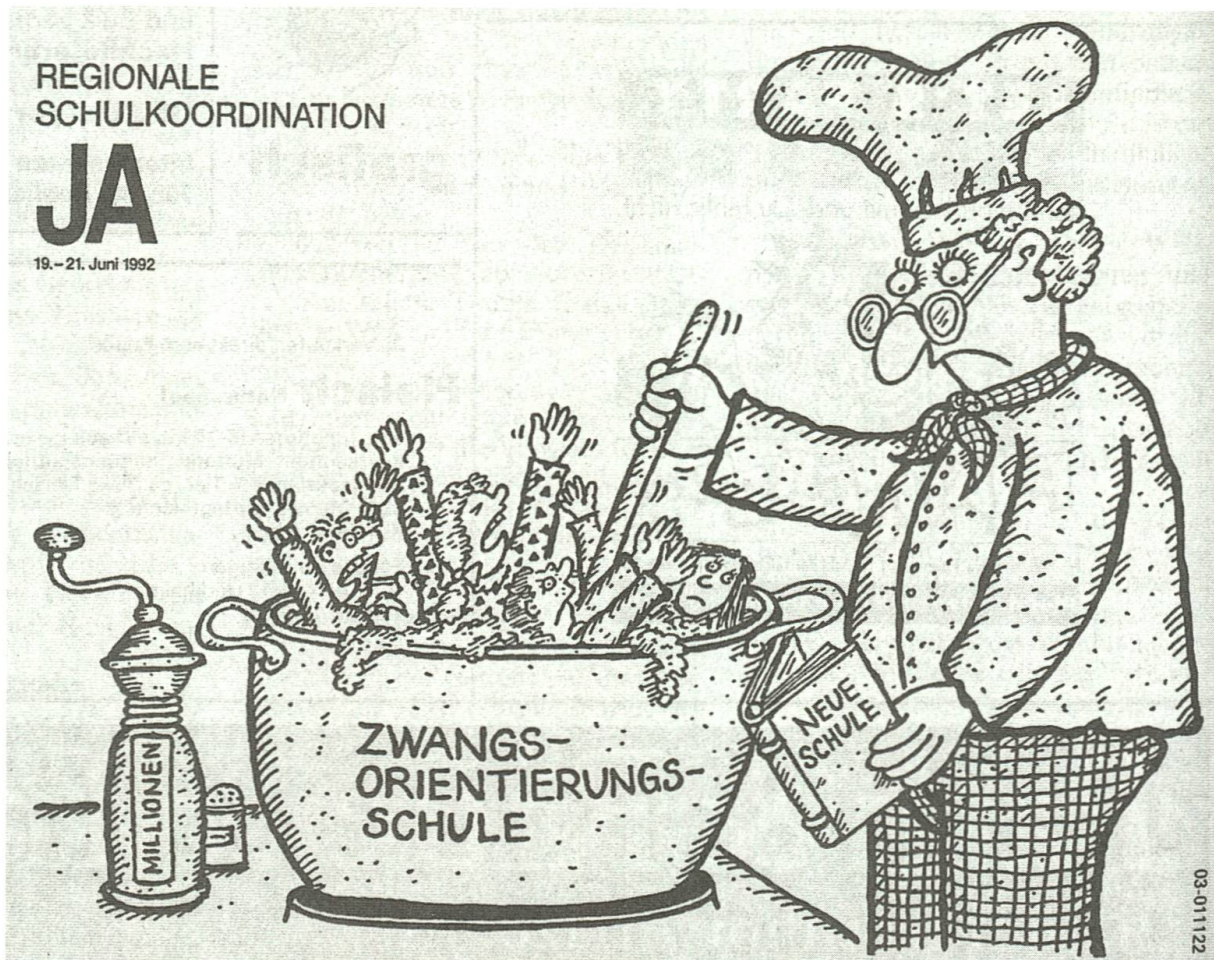
Jahren (seit dem Gymnasium Bäumlihof) kein Schulhaus erbaut worden war. Es fehlte nicht nur an Schulraum, sondern insbesondere auch an der Infrastruktur für die neuen Schultypen, an Gruppenräumen und Büros für die Schulhausleitungen. Neben Um- und Erweiterungsbauten entstanden damals das Vogesen-, das neue Hebel-, das Kaltbrunnen-, das Dreilinden-, das Margarethen-, das Leonhard- und das Ackermättelischulhaus. Insgesamt wurden unter erheblichem Zeitdruck zwischen 1993 und 1997 trotz steigendem Spardruck 147 Millionen Franken für die Schulreform investiert und 56 Millionen Franken wegen steigender Schülerzahlen<sup>711</sup>.

Das Personal für die neuen Schulen<sup>712</sup> sollte – soweit möglich – für jeden Jahrgang durch Freiwillige aus den bestehenden Schulen gewonnen werden. Zu diesem Zweck führte die Projektleitung Personalgespräche mit allen Übertrittswilligen. Naturgemäss brannten die reformfreudigsten Lehrpersonen darauf, von Anfang an dabei zu sein, wogegen die Skeptiker abwarteten. Das hatte zur Folge, dass das Kollegium der Orientierungsschule sich insgesamt viel positiver zu den Veränderungen stellte als jenes der Weiterbildungsschule. In einer berufsbegleitenden Ausbildung von zwei Jahren wurden Lehrerinnen und Lehrer der neuen Schulen, die ganz unterschiedliche Vorbildungen und Traditionen (von der Primarschule bis zum Gymnasium) mitbrachten, zusammengeführt und auf die neue Aufgabe vorbereitet. Diese Vorbereitung der Lehrkräfte auf die neue Aufgabe (VOLENEA)<sup>713</sup> bestand einerseits aus Fachkursen, in denen sich die Lehrpersonen der gleichen Schulfächer trafen, und aus arbeitsplatzbezogenen Fortbildungen (ALFB), die die künftigen Kollegien versammelten. Die Organisation der arbeitsplatzspezifischen Ausbildung konnte von den Erfahrungen profitieren, die die Schulen im sogenannten Langschuljahr 1988/89 hatten machen können, als das Lehrpersonal im Zusammenhang mit der Umstellung des Schuljahresbeginns vom Frühling auf den Spätsommer während der verlängerten Schulferien zur Weiterbildung aufgeboten wurde.

Nachdem die Stimmberechtigten den Grundsatz «gleiche Rechte für Mann und Frau» am 14. Juni 1981 in der Bundesverfassung verankert hatten, war der Weg frei für weitere Schritte zur Gleichberechtigung der Schülerinnen und Lehrerinnen gegenüber ihren männlichen Kollegen (vgl. Weg zur Gleichberechtigung S. 239). Die Projektleitung sorgte dafür, dass alle Schulprogramme für Lernende beider Geschlechter geöffnet wurden. Kindergärtnerinnen, Textil- und Hauswirtschaftslehrerinnen erwirkten durch eine 1987 eingereichte Lohnklage per Bundesgerichtsentscheid, dass ihre im Vergleich zu tiefen Löhne 1993 angehoben wurden<sup>714</sup>. Seit den 60er-Jahren nimmt der Anteil der Frauen unter den Lehrpersonen der öffentlichen Schulen zu, seit 1989 sind die Lehrerinnen in der Mehrzahl<sup>715</sup>. In der Zwischenzeit ist die Feminisierung fortgeschritten, 2016 waren drei Viertel der Lehrpersonen an den Volksschulen Frauen<sup>716</sup>.

Dass der Aufbau der neuen Schulen von schrillen Sparrufen begleitet wurde, hat das Geschäft der Reformer nicht erleichtert. Noch vor ihrem Start mussten die Reformschulen den Abbau einer Wochenstunde und eine





- [93] Die Heftigkeit des Abstimmungskampfes übertraf die «landesübliche Schmerzgrenze»: Versuch die 1988 an der Urne beschlossene Orientierungsschule in letzter Minute durch eine Initiative zu Fall zu bringen. Karikaturen der Initianten und Reformgegner im Inseratenteil der BaZ von 1992



wirtschaftliche, wenn auch vorgabenkonforme Klassenbildung hinnehmen. Damit gelang es, einen Mehraufwand von 12 Prozent im Schulbudget auf die Hälfte herunterzudrücken. Dieser war nicht nur durch die Reform, sondern auch durch das Wachstum der Schülerzahlen und die hohe Teuerung bewirkt worden. Eine Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden der Lehrpersonen im Tausch gegen eine zusätzliche Ferienwoche konnte die Synode vorerst abwenden<sup>717</sup>. Als das Staatsbudget 1998 ein Defizit von fast 200 Millionen erreichte, konnte eine auf drei Jahre befristete Erhöhung um eine Lektion<sup>718</sup> auch durch ein Referendum nicht verhindert werden<sup>719</sup>. Die Stimmbürger entschieden mit Zweidrittelmehrheit.

Die pädagogische Arbeit in den neuen Schulen erhielt wichtige Impulse durch das Projekt «Erweiterte Lehr- und Lernformen (ELF)»<sup>720</sup>, das ab 1990 in sieben Kantonen der Erziehungsdirektorenkonferenz der erweiterten Nordwestschweiz lief. Die interkantonale Projektkommission propagierte die Erprobung von Lernformen, welche Schülern und Schülerinnen mehr Selbsttätigkeit ermöglichten, auf innere Differenzierung angelegt waren und mehr Teamarbeit erlaubten. Es ging darum, den Stoffdruck zu reduzieren und das dominierende Frage-Antwort-Verfahren zu ergänzen. Freiwilligkeit war gefragt, nicht Verordnung. Um den Frontalunterricht nicht abzuwerten, sprach man bewusst nicht von einem Wechsel zu neuen Lernformen, sondern von einer Erweiterung des Repertoires. Die Verantwortlichen waren nicht technokratisch orientiert und nicht primär auf Effizienzgewinn aus, vielmehr knüpften sie an Ansätze der Reformpädagogik an (vgl. S. 161ff u. 232). Beim Werkstattunterricht steuerten die Lernenden auf ihre individuellen Bedürfnisse ausgerichtete Stationen im Klassenzimmer an, an denen sie Aufgaben und Materialien für die Einzel- oder Teamarbeit bezogen. Mit dem Wochenplan waren Arbeitsaufträge gemeint, die auf den einzelnen oder die einzelne zugeschnitten waren und an denen über eine Woche während bestimmter Zeitfenster gearbeitet wurde. Eine anspruchsvollere Lernform bestand zum Beispiel in der Projektarbeit. Lehrpersonen, die im Projekt mitmachen wollten, besuchten interkantonale Weiterbildungstagungen. In Basel-Stadt setzte der Erziehungsrat einen Projektkoordinator ein, der unter anderem den Austausch zwischen den beteiligten Lehrpersonen organisierte und zuhänden des Erziehungsrats Berichte verfasste<sup>721</sup>. Über die fächerübergreifende Arbeit in einer Realklasse schrieb ein Lehrerteam Wasserstelzen: «Wir erlebten diese Halbtage als sehr intensiv und auch anstrengend. Zwar standen wir nicht ständig im Mittelpunkt, dafür verlangte die individuelle Beratung und Betreuung eine hohe Präsenz.» Das ELF-Team Wasgenring urteilte: «Die Arbeit mit einem Wochenplan ist von den Kindern sehr gut aufgenommen worden. Schön war es, am Anfang eines Morgens beobachten zu können, wie sich jedes langsam einrichtete, den Morgen mit stillem Arbeiten begann. Meiner Meinung leisten die Kinder mit einem Wochenplan mehr, auch die schwachen.» Wichtige Voraussetzungen der Arbeit bestanden in der Information der

Eltern und in der flexiblen Raumausstattung. Häufig galt es Defizite im sozialen Lernen der Schülerinnen und Schüler aufzuholen, etwa wenn das «Dominanzverhalten der Buben» sich verschärfte. Lohnend, aber schwierig, heisst es, sei die Teamarbeit zwischen den Lehrpersonen. Die Rolle der Lehrpersonen war im Wandel.

## Als Reformschule anerkannt

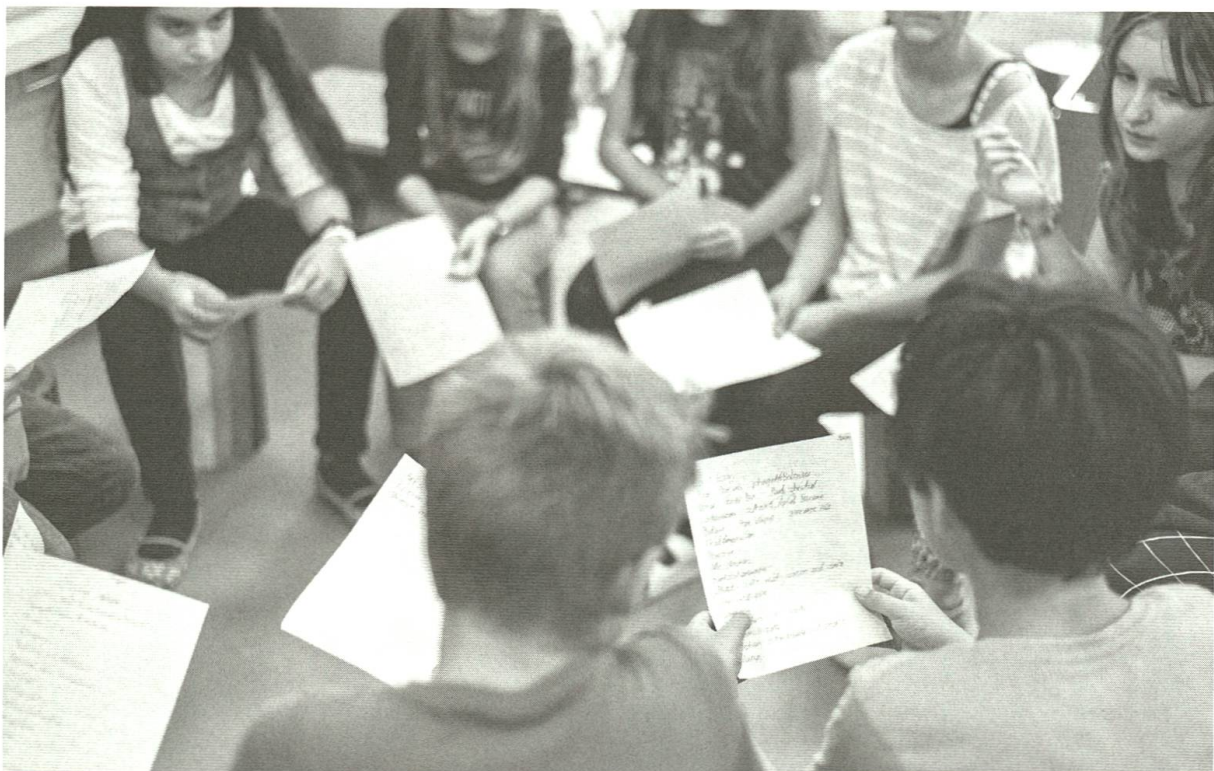
Als 1820 Kinder am 15. August 1994 ihre Ballone von 16 Quartiersschulhöfen aus in den Himmel steigen liessen und den Beginn der Orientierungsschule und eines neuen Schulzeitalters sichtbar machten, lag der 330 Seiten dicke Lehrplan seit einem Jahr vor, der entsprechend der amerikanischen Curriculumtheorie zwischen Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz unterschied. Er differenzierte zwischen fächerübergreifenden Leitideen, Richt- und Grobzielen der Fächer mit zugeordneten Inhalten. Der beginnende Schulalltag zeichnete sich unter anderem durch zwei innovative und sehr ambitionierte pädagogische Akzente aus, durch eine umfassende Leistungsbeurteilung<sup>722</sup> und eine verstärkte Elternmitwirkung<sup>723</sup>. Bisher wurden die Schulleistungen mit Noten beurteilt, die über das Fortkommen in der Schullaufbahn entschieden und im Zeugnis ausgewiesen wurden. Neu wurden die Noten durch eine umfassende Beurteilung der Lernfortschritte und der Lernschwierigkeiten ersetzt, die aus einem standardisierten Lernbericht der Lehrpersonen, einer Selbstbeurteilung der Lernenden und einem Gespräch des Lehrpersonenteams mit den Eltern und dem Schüler respektive der Schülerin bestanden. Bewertet wurden das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten sowie die Erfüllung der fachlichen Anforderungen. Diese erweiterte Beurteilung war im Vergleich zur konventionellen Notengebung so komplex, dass sie die Redaktion eines Handbuchs für Lehrpersonen nötig machte und in Kursen eingeführt werden musste. Bei den Entscheiden, die für die Schullaufbahn relevant waren – wie der Einteilung in die zwei Leistungskurse in der 3. Klasse und der Selektion in Weiterbildungsschule oder Gymnasium –, erhielten die Eltern eine Empfehlung der Lehrpersonen, die sich auf eine Beurteilung mit Punkten stützte. Der letzte Entscheid lag bei den Eltern. Kinder ohne entsprechende Empfehlung konnten sich in einer Probezeit im erweiterten Kurs oder am Gymnasium bewähren. Darüber hinaus wurden die Eltern zu Zusammenkünften und zu Besuchstagen ins Schulhaus eingeladen. In jeder Klasse mussten zwei Elternsprecher gewählt werden, die in ihrer Gesamtheit in jeder Schule den Elternrat bildeten. Beide Gremien dienten dem kontinuierlichen Austausch zwischen Schule und Elternhaus. Die neue Beurteilungsform machte eine Anpassung der Leistungsbeurteilung an den Primarschulen nötig: Die in der 3. und 4. Klasse bestehenden Noten wurden durch einen Beurteilungsbogen und ein Elterngespräch ersetzt<sup>724</sup>.



Der Aufbau der neuen Schulen wurde extern von Fritz Oser (\*1937), Professor am Pädagogischen Institut der Universität Freiburg i. Ü., mittels Befragungen und Leistungstests evaluiert<sup>725</sup>. Das Ziel war ein Soll-Ist-Abgleich mit Empfehlungen für Verbesserungsmaßnahmen. Die Befragung der Eltern und Lehrpersonen zeigte eine hohe Zufriedenheit mit der Schule; allerdings gaben die Lehrpersonen an, durch die Heterogenität der Klassen, die Zusammenarbeit in den Teams und wegen der Elternarbeit stark belastet zu sein. Die Schulleistungen hielten dem Vergleich mit Klassen im Kanton Basel-Landschaft stand, waren allerdings an den Standorten sehr unterschiedlich<sup>726</sup>. Die Ergebnisse brachten auch zum Vorschein, «in welch starkem Masse die Wahrnehmung und Interpretation der Aktivitäten der Orientierungsschule von den Voreinstellungen geprägt ist, die man diesem Schulsystem gegenüber einnimmt. Wer gegen die Schulreform eingestellt war, deutet die Schulreform auf dem Hintergrund einer Degenerationshypothese [Verfallshypothese, PF]»<sup>727</sup>. 1997, nach Abschluss des ersten Zyklus, wurden 21 Prozent der Absolventinnen und Absolventen fürs Gymnasium empfohlen, aufgrund eines Elternentscheids kamen noch 8 Prozent dazu, 70 Prozent besuchten die Weiterbildungsschule. Aberschon im nächsten Jahr deutete sich ein Rückfall in die alten Selektionsmuster an. Die Quote fürs Gymnasium stieg auf 37 Prozent.

1999 erlaubte der Erziehungsrat im Sinne einer befristeten Ausnahmeregelung die Bildung von Klassen mit erweitertem Musikunterricht an der Orientierungsschule<sup>728</sup>. Diese EMOS-Klassen (in Riehen KEMU-Klassen), die schon seit 1994 ohne jede rechtliche Grundlage bestanden, sollten das kreative Potenzial der Schülerinnen und Schüler durch eine tägliche Musikstunde besser erschliessen, die Aufnahme- und Konzentrationsfähigkeit steigern, den Zusammenhalt in den Klassen verbessern und trotz Stundenreduktion in Deutsch und Mathematik zu guten Leistungen führen. Die gutgemeinte Idee schlug bei den Eltern aus dem Mittelstand wie eine Bombe ein, sodass nach wenigen Jahren in Riehen gegen die Hälfte der Klassen zu dieser privilegierten Kategorie gehörten. Das Konzept funktionierte, es liessen sich genug beseelte Musiklehrpersonen finden. In den undeckelten Eliteklassen waren Mädchen und Kinder mit Schweizer Pass (2005: 86 Prozent, alle Klassen 63 Prozent<sup>729</sup>) krass übervertreten, während fremdsprachige, häufig ausländische Jungen und schwache oder auffällige Schüler sich in den Regelklassen konzentrierten. Weil diese schwer zu führen waren, wurden sie kleiner gehalten. Das hatte zur Folge, dass sie den ganzen Zuzug von aussen auch noch zu bewältigen hatten, weil in den Musikklassen kein Platz war. Im Ergebnis hatte sich aus der vom Gesetzgeber integrativ gewollten Orientierungsschule eine Schule mit zwei Leistungszügen entwickelt, und das mit einer Sondergenehmigung ohne Grundlage im Gesetz oder auf Verordnungsstufe. Die wiederauferstandene Frühselektion funktionierte nur aufgrund von Empfehlungen und der Selbsteinschätzung der Eltern. Eltern aus Migrationsmilieu, denen die schweizerische Musikkultur oft fremd war, wurden darauf aufmerksam gemacht, dass ihre





[94] Innovation an der Orientierungsschule: Die Institutionalisierung des jährlichen Elterngesprächs sollte die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus auf eine neue Grundlage stellen. Foto von Christian Flierl

[95] «Erweiterte Lehr- und Lernformen» sollten ab 1990 die Selbsttätigkeit und die Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler stärken und dank mehr Teamarbeit innere Differenzierung ermöglichen. Foto von Christian Flierl



Kinder in den Musikklassen mit weniger Deutschunterricht auskommen mussten. Diese Selektion war ungerechter als die überwunden geglaubte, weil sie ohne rechtlich definierte Leistungskriterien funktionierte. 2003 erhielten 51,4 Prozent der Schüler und Schülerinnen aus den Musikklassen die Empfehlung fürs Gymnasium, aus den Regelklassen der gleichen Standorte schafften es nur 22,2 Prozent<sup>730</sup>. Alle Versuche, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen, ohne die ursprünglichen Anliegen der Musikklassen aufzugeben, misslangen, weil sie in der Öffentlichkeit als Angriffe auf die musikalische Förderung diskreditiert werden konnten. Einmal aus der Flasche, liess sich die Idee nicht wieder einfangen. Personen, die in der Schulpolitik und in den Schulen das Sagen hatten, waren in Kontakt mit Kindern in Musikklassen. Von den Regelklassen und ihren Problemen wussten sie wenig. Die Erfahrung, die Basel zu Beginn des gleichen Jahrhunderts mit der Selektion an der Mädchenprimarschule gemacht hatte, wiederholte sich (vgl. Diskussion um ‹Förderklassen› S. 150ff).

## Ein ungeliebtes Reformkind

Die Weiterbildungsschule<sup>731</sup> mit ihren sechs Standorten war das ungeliebte Kind der Reform und geriet schon bald in die Dornen. Als einheitliche Abschlussstufe für die Schulpflichtigen, die nicht ans Gymnasium gingen, konzipiert, musste sie 17 unterschiedliche Klassenarten ablösen<sup>732</sup>. Gleichzeitig sollte sie für die Leistungsstarken aber eine valable Alternative zum prestigereichen Gymnasium bilden und den Weg zu anspruchsvollen Bildungsgängen offenhalten. Es kam darauf an, durch innere Differenzierung den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden, ohne die Schwächeren durch eine komplexe Organisation zu überfordern. Erziehungsdirektor Hans-Rudolf Striebel lud die Wirtschaftsverbände an einer Tagung zur Kooperation ein: «Wir wollen offen reden. Bisher haben die Schulreformbestrebungen bei den Zentralverbänden der Wirtschaft eher skeptische bis ablehnende Reaktionen ausgelöst. Dabei soll und kann es nicht bleiben. Die Weiterbildungsschule ist kein doktrinäres wirtschaftsfeindliches Gebilde, sondern ein gesellschaftlich notwendiges Entwicklungsprojekt, das vielen Ansprüchen gerecht werden muss und Beiträge von vielen Seiten benötigt.»<sup>733</sup> Ein Produkt dieser Zusammenarbeit war das Fach Laufbahnvorbereitung mit einer Orientierung über die Berufswelt, mit Erkundungen in Betrieben, Schnupperlehren, Berufsberatung durch das entsprechende Amt und mit Bewerbungstraining<sup>734</sup>. Anders als an der Orientierungsschule hielt man an Notenzeugnissen<sup>735</sup> fest, sah aber ebenfalls die Einführung eines Lernberichts und von Beurteilungsgesprächen mit Eltern und Schülern vor. Mithilfe von standardisierten Tests in Deutsch und Mathematik sollten die Schülerleistungen am Ende des ersten (Orientierungsarbeit) und zweiten Schuljahrs (Abschlussarbeit)

vergleichbar werden und den Lernenden eine Standortbestimmung ermöglichen. Ein weiteres Ergebnis der Treffen mit der Wirtschaft war die Publikation einer grosszügig illustrierten Broschüre «Die WBS macht Türen auf» mit Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten nach Abschluss der Schule. Der Übergang in die Berufsbildung erwies sich als schwierig, und die Abschlussprüfungen kamen für Bewerbungen zu spät. 1999, am Ende des ersten Zyklus, traten nur 20 Prozent der Schulabgänger direkt eine Berufslehre an, und annähernd 60 Prozent entschieden sich für eine weiterführende Schule einschliesslich der Brückenangebote des 10. Schuljahrs. Die Lehrbetriebe und Diplomschulen beanstandeten schulische Defizite in Deutsch und Mathematik. Diese wurden auch in den Standortbestimmungen sichtbar<sup>736</sup>. Zwar bestätigte die externe Evaluation, dass die gegenüber dem alten System erhoffte Leistungssteigerung sich nicht hatte erreichen lassen, sie zeigte immerhin auf, dass die Leistungen auf dem gleichen Stand geblieben waren und dass die Klassen hohe Integrationsleistungen erbrachten<sup>737</sup>. Bei Eltern aus dem Mittelstand hatte die Schule von Anfang wenig Kredit. Ein Drittel der Eltern von ehemaligen Schülerinnen und Schülern des ersten Jahrgangs der Weiterbildungsschule gab an, erneut vor die Entscheidung gestellt, würden sie ihre Kinder auch ohne Empfehlung ans Gymnasium anmelden<sup>738</sup>. In den Leserbriefspalten und in Zeitungskommentaren häuften sich vernichtende Pauschalurteile über die neue Schule: «absolute Katastrophe»<sup>739</sup>, «Desperado-Schule als Schule der Gestrandeten und Desinteressierten»<sup>740</sup>. Für Tausende von Schülerinnen und Schülern keine Ermunterung, schon gar keine Referenz auf dem Arbeitsmarkt. Der Anteil der Lehrpersonen der Weiterbildungsschule, die ihrer eigenen Schule «skeptisch bis ablehnend» gegenüberstanden, erhöhte sich von einem Drittel auf über 40 Prozent<sup>741</sup>. 17 Lehrpersonen kündeten und waren auf dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt schwer zu ersetzen<sup>742</sup>. In einer Sondersitzung zur «Verbesserung der Bildungsqualität an der Schule» kam der Grosse Rat zum Schluss, dass die permanente Schulreformdebatte und die Sparmassnahmen beendet werden müssten, stattdessen brauche es mehr Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft. Er forderte eine Standardisierung der Leistungsanforderungen und eine bessere Koordination der Übergänge<sup>743</sup>. Schon vor Ende des ersten Zyklus war das Erziehungsdepartement pausenlos damit beschäftigt, die Weiterbildungsschule mit einer ganzen Kaskade von Aktionsprogrammen, die zur Chefsache erklärt worden waren, flott zu bekommen<sup>744</sup>. Erste Massnahmen betrafen organisatorische Belange, wie die Raumzuteilung, das Unterrichtsmaterial, die Vermeidung von Unterrichtsausfällen und die Optimierung der Laufbahnvorbereitung. Im Mittelpunkt standen aber bald die Kernprobleme: die Koordination der Stufenübertritte und die Vermittlung von Leistungsanreizen ohne Schwächung des Klassenverbands. In diesem Prozess stellten sich schliesslich auch Führungsfragen: Der Rektor wurde durch ein Führungsduo ersetzt, und die Kompetenzen der Schulhausleitungen wurden gestärkt.



## Der Anfang vom Ende<sup>745</sup>

Trotz allen Bemühungen gelang es nicht, das Ansehen der Weiterbildungsschule in der Öffentlichkeit zu stabilisieren, und die Gymnasialquote stieg von 29 (1997) auf über 40 Prozent (2003). Ihre Rolle als Scharnier zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung vermochte die Weiterbildungsschule nur unzureichend auszufüllen. Der neue Erziehungsdirektor Christoph Eymann (\*1951) schloss auch eine Gesetzesänderung nicht mehr länger aus und gab zwei Entwicklungsvarianten in Vernehmlassung<sup>746</sup>. Die separative Option sah die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler der Weiterbildungsschule in zwei Leistungszüge vor. Diese sollten kooperativ geführt werden, das heisst mit gleicher Leitung, gleichen Lehrpersonen, hoher Durchlässigkeit und einer verbindenden Schulhauskultur. Damit hoffte man eine Stigmatisierung des Grundzugs als Restschule zu verhindern. Die integrative Option bestand in einer Stärkung des integrativen Ansatzes und differenzierenden Massnahmen innerhalb der leistungsgemischten Klassen, zum Beispiel durch parallel unterrichtende Lehrpersonen. Die Befragten waren sich überhaupt nicht einig. Während sich die beiden Positionen an den Schulen etwa die Waage hielten, wobei die Lehrpersonen der Orientierungsschule für die integrative und jene der Weiterbildungsschule für die separative Option votierten, dominierten in bürgerlicher Politik und Wirtschaft klar die Befürworter von zwei Zügen. Der drohende Grabenkrieg konnte gerade noch rechtzeitig durch die hilfreiche Geburt einer verbindenden Idee verhindert werden: Die Strukturänderung wurde als erster Teil einer «Doppellösung» konzipiert<sup>747</sup>. Mit einer rasch wirksamen Stabilisierung der Weiterbildungsschule konnte man Zeit gewinnen für die Suche nach einer Schullaufbahn, die die Nachteile der jetzigen Struktur vermied und doch nicht in Widerspruch geriet zum integrativ förderorientierten Kurs der Schulreform. Die langfristige Lösung sollte Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur Berufsbildung keinen zusätzlichen Schulwechsel (vor dem achten Schuljahr) aufbürden, die unfaire Konkurrenz zwischen Weiterbildungsschule und Gymnasium beenden und keine Schulstufe vorsehen, die nur zwei Jahre dauerte. «*Reculer pour mieux sauter*»: Der begrenzte Schritt zurück verschafft uns den nötigen Aufschub, um die Idee der Volksschule neu zu denken und zu verwirklichen», hiess es im Basler Schulblatt.<sup>748</sup> Dank der «Doppellösung» konnten die Anhänger der Schulreform in den Schulen und den Linksparteien mit der Strukturänderung einigermaßen versöhnt werden. Die Weiterbildungsschule als Geburtsfehler der Schulreform würde wieder verschwinden. Indem sie die Wirksamkeit der Strukturänderung auf fünf Jahre befristete, machte die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates die Doppellösung zur Pflicht<sup>749</sup>. Der Grosse Rat stimmte mit 81 gegen 13 Stimmen zu, und die Lehrpersonen lehnten es mit über 80 Prozent ab, ein Referendum zu unterstützen. Ab 2004/05 mussten die Lehrpersonen der Orientierungsschule die Schülerinnen und Schüler auf-

grund ihrer mit Punkten bewerteten Leistungen in die beiden Züge und ins Gymnasium einweisen<sup>750</sup>. Jugendliche, die die erforderliche Punktzahl für ein anspruchsvolleres Angebot um einen Punkt verfehlten, konnten für ein Semester probeweise aufgenommen werden. Wer eine Aufnahmeprüfung bestand, konnte ohne Probezeit in die entsprechende Schule aufgenommen werden.



- 608 Von der Mittelschule von morgen zur Maturitätsreform von 1995, Bericht der EDK 1996, S. 19: <http://edudoc.ch/record/17364/files/Stub8.pdf>, abgefragt 11.1.2017
- 609 1970–1977, trotz positiver Beurteilung wegen Isolation abgebrochen, TA 14.1.77
- 610 Plan 1974 wegen desolater Finanzlage aufgegeben
- 611 Geboren 1934, 1965–1997 Departementssekretär
- 612 Schneider, Willi, 1966
- 613 Vgl. Nyikos
- 614 Schneider, Arnold, S. 194
- 615 Bericht der Arbeitsgruppe zum Reformprojekt neue Schule, 1970, zitiert in: Schneider, Willi, 1988, S. 55
- 616 Ratschlag 6839, Neue Schule, Gesetz über die versuchsweise Einführung einer neuen Schulorganisation, Beantwortung von 5 Anzügen vom 30.9.1971, S. 54, Ergebnisse Vernehmlassung, S. 20–29
- 617 Verwaltungsbericht 1971, S. 13
- 618 Quellen zur Neuen Schule: StABS ED-REG 1c 470 (3) Neue Schule, 1963–1976 (Serie)
- 619 Ratschlag 6839, S. 68
- 620 Zwischenbericht der Arbeitsgruppe für die Totalrevision des Schulgesetzes vom 1.3.1970, S. 27
- 621 Bericht Grossratskommission 6986, Neue Schule vom 5.4.1973, S. 25
- 622 HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6578.php>, abgefragt 13.1.2017
- 623 Bericht der Grossratskommission Neue Schule 6986 vom 5.4.1973, S. 28
- 624 Bericht 6986, S. 64
- 625 Bericht 6986, S. 53
- 626 Bericht 6986, S. 56
- 627 Bericht 6986, S. 59
- 628 18.5.1973
- 629 7.6.1973
- 630 Basler Nachrichten, 3.10.1973
- 631 Basler Nachrichten, 2.11.1973
- 632 Basler Volksblatt, 5.11.1973
- 633 Basler Nachrichten, 5.11.1973
- 634 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1973, S. 1f
- 635 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1976, S. 10
- 636 ED 430-9, Basler Zeitung, 25.11.1982
- 637 Basler Schulblatt 1981/6, S. 118
- 638 Erziehungsratsbeschluss 1978 auf Antrag der Arbeitsgruppe Rudolf Hartmann
- 639 Ratschlag 6839, S. 47
- 640 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1976, S. 87
- 641 StABS: Kleinere Schulklassen: SK-REG-3-0-2 (2) 36, SK-REG-3-0-2 (2) 41, SK-REG-3-0-2 (1) 98, ED-REG 28a13 (1) 25
- 642 Ratschlag zu einer Reduktion der Klassengrössen und Bericht zur Initiative 7257 vom 7.7.1976, S. 6
- 643 Ratschlag und Bericht 7257, S. 17
- 644 Grossratsbeschluss vom 16.9.1976
- 645 Neue Zürcher Zeitung, 6.1.1977, Basler Lehrer auf Kollisionskurs
- 646 13.3.1977
- 647 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1979, S. 15f
- 648 Basler Zeitung, 14.3.1977
- 649 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1979, S. 11f
- 650 Bericht 7320 zu Fragen der Schulreform vom 29.6.1977
- 651 Bericht 7320, Grafik S. 25
- 652 Bericht 7320, S. 28
- 653 Bericht 7320, S. 35
- 654 Bericht 7320, S. 22
- 655 Bericht 7320, S. 37
- 656 National-Zeitung, 17.1.1976
- 657 Bericht 7320, S. 41
- 658 Bericht 7320, S. 5
- 659 Bericht 7320, S. 67
- 660 9.3.1978
- 661 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1978, S. 5; StABS ED-REG 40a 6-1 (1) 13, ED-REG 15b 6-11-2 (1) 1
- 662 Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Schulreform (ASR), in: Basler Schulblatt 1979/ 5, S. 110–140
- 663 Zwischenbericht ASR, S. 114
- 664 Zwischenbericht ASR, S. 115
- 665 Auswertung der Vernehmlassung und Schlussbericht Arbeitsgruppe Schulreform, in: Basler Schulblatt 1980/6, S. 141–167
- 666 Auswertung ASR, S. 146
- 667 Auswertung ASR, S. 164
- 668 Regierungsbeschluss vom 7.7.1981
- 669 Erziehungsratsprotokoll vom 26.5.1982
- 670 Regierungsbeschluss vom 17.8.1982: StABS SK-REG 3-0-2 (2) 169
- 671 Bericht 7724 zu zwei Initiativbegehren und vier Anzügen zur Schulreform vom 19.11.1982
- 672 Schneider, Willi, 1990, S. 48f
- 673 Bericht 7724, S. 6–11
- 674 Rolf Häring gemäss Basler Zeitung, 21.10.1983, Jetzt wird Schulreform-Kompromiss gesucht
- 675 Bericht der Grossratskommission Schulreform 8010 vom 19.1.1987, S. 5f
- 676 Grossratsbeschluss vom 20.10.1983
- 677 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1983, S. 1–3
- 678 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1985, S. 19f
- 679 Ratschlag und Bericht 7722 betreffend Amtsdauer der Lehrerschaft vom 19.11.1982
- 680 Anzug Dr. A. Saxer vom 9.3.1978, 1980 vom Rat stehen gelassen
- 681 10.3.1985
- 682 HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D33320.php> / abgefragt 27.1.2017
- 683 Vgl. Messerli, Rudolf
- 684 Bericht der Grossratskommission Schulreform 8010 vom 19.11.87, S. 49f

- 685 Schneider, Willi, 1990, S. 49
- 686 Volksabstimmung vom 28.1.1990, DigiBern: <http://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=gdv-001:1990:-#116> / abgefragt 13.4.2017
- 687 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz, Protokoll der Sitzung vom 27.3.1987 auf Schloss Habsburg, S. 6
- 688 Bericht 8010, S. 51
- 689 Bericht 8010, S. 80
- 690 Bericht 8010, S. 100
- 691 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1988, S. 25ff
- 692 Neue Zürcher Zeitung, 12.12.1987
- 693 18.2.1988
- 694 Zitate gemäss Basler Zeitung, 20.2.1988
- 695 StABS ED-REG 33a 1-6 (1)
- 696 Basler Zeitung, 1.12.1988
- 697 Neue Zürcher Zeitung, 5.12.1988
- 698 Verwaltungsbericht Regierungsrat 1988, S. 7
- 699 Ratschlag und Entwurf zu einem Schulgesetz 2479 vom 9.1.1922, S. 17
- 700 Ratschlag 2479, S. 18
- 701 Archiv der Basler Schulreform (Unterlagen der Projektleitung): StABS ED-REG 33a (1)
- 702 Ratschlag 8177, Verschiebung Beginn der Schulreform, 10.5.1990; Grossratsbeschluss vom 13.6.2000
- 703 ED 3370, Dossier 6156 Schulreformkrise 1989/90
- 704 Nordschweiz, 20.3.1990
- 705 ED 3379, Dossier 2003026565
- 706 Basler Zeitung, 22.6.1992
- 707 15.3.1992
- 708 Basler Zeitung, 26.3.92
- 709 Nordschweiz, 22.3.1991
- 710 Bericht 8010, S. 119
- 711 Bericht und Bauabrechnung betreffend Schulreform des Baudepartements an den Regierungsrat vom 15.1.2004
- 712 Übertrittsverordnung vom 26.2.1991
- 713 VOLENEA in: Basler Schulblatt 1991/12, S. 182–190
- 714 Belleville Wiss, Elfriede, in: Krattiger, S. 125f
- 715 Statistische Jahrbücher Basel-Stadt
- 716 Zahlenspiegel Bildung 2017, Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Hg.), S. 55: [http://www.volkschulen.bs.ch/bildungspolitik/zahlen-fakten.html#page\\_section3\\_section1](http://www.volkschulen.bs.ch/bildungspolitik/zahlen-fakten.html#page_section3_section1) / abgefragt 12.2.2018
- 717 Verwaltungsbericht 1993, S. 21 und 74f; Hans-Rudolf Striebel in der Basler Zeitung, 23.7.1994
- 718 Vgl. Verwaltungsberichte Erziehungsdepartement 1997–1999, ED 3370, Dossier 5708, 1997
- 719 26.4.1998
- 720 Doppelpunkt, NWEDK, Erweiterte Lernformen, Mai 1990, Basellandschaftliche Schulnachrichten, April 1991
- 721 StABS ED-REG 5c (2) 20-2-2 Unterlagen ELF 1990–1994
- 722 Lernbeurteilungsverordnung Orientierungsschule vom 14.9.1993
- 723 Ordnung betreffend die Zusammenarbeit von Eltern und Lehrkräften an der Orientierungsschule vom 19.10.1992
- 724 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1995, S. 13f
- 725 ED 3379 Archiv Schulreform
- 726 Basler Zeitung, 19.3.1996
- 727 Zitiert im Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1996, S. 86
- 728 Schreiben des Regierungsrats 6641 vom 13.3.2008 zum Anzug Anita Lachenmeier betreffend Einführung von Schwerpunkt-Klassen an der Orientierungsschule, generell: ED 2015-122
- 729 Statistisches Jahrbuch Basel-Stadt 2005, S. 224
- 730 ED 2015–122, Dossier Musikklassen
- 731 ED 3379, Dossier 2003026525
- 732 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1994, S. 10
- 733 Verwaltungsbericht Erziehungsdepartement 1994, S. 11
- 734 Pfändler, S. 204
- 735 Lernbeurteilungsverordnung WBS vom 4.6.1996
- 736 Verwaltungsbericht 1991, S. 79
- 737 Oser, Fritz, Abschlussbericht der Evaluation WBS Basel-Stadt, Freiburg i. Ü. 2000
- 738 Felder, S. 127
- 739 Gadola, Beda, Basler Schulreform: Theorie und Praxis, in: Basler Zeitung, 23.10.1999
- 740 Ambühl, Iso, Schlechte Noten für die Weiterbildungsschule, in: Sonntagszeitung, Zürich 13.2.2000
- 741 Felder, S. 127
- 742 Verwaltungsbericht 2000, S. 77
- 743 Verwaltungsbericht 2000, S. 72
- 744 Verwaltungsbericht 2000, Einleitung der Departementsvorsteherin, S. 67
- 745 Vgl. Felder
- 746 Vorschläge für eine Strukturänderung an der Weiterbildungsschule, in: Basler Schulblatt 2002/8
- 747 Ratschlag 9213, Strukturänderung an der Weiterbildungsschule vom 17.12.2002, Änderung von § 36 des Schulgesetzes
- 748 Felder, Pierre, in: Basler Schulblatt, 2003/1, S. 10
- 749 Bericht 9246 der Bildungs- und Kulturkommission zur Strukturänderung an der Weiterbildungsschule vom 21.5.2003
- 750 Lernbeurteilungsverordnung Orientierungsschule vom 10.6.2003
- [96] Fixierung auf das Fremde: Hans Bertolfs Versuch, das ›Italienerkind‹ in der Schule ins Bild zu fassen, 1968



